

## Friedlich gegen Gewalt

Hunderttausende gedenken des ermordeten Studenten Axel Blumberg / Rivara-Rücktritt

Buenos Aires (dpa/AT/JW) - In zahlreichen Städten Argentiniens haben am Donnerstagabend Hunderttausende Menschen friedlich gegen die zunehmende Gewaltkriminalität und korrupte Polizisten demonstriert. Ausgelöst wurden die emotionsgeladenen Proteste durch den Tod des entführten Studenten Axel Blumberg. Der 23-Jährige war am 17. März gekidnappt und eine Woche später im Anschluss an einen Befreiungsversuch durch die Polizei von seinen Entführern ermordet worden. Die Geiselnnehmer hatten ein Lösegeld von 50.000 Pesos für den Unternehmersohn gefordert.

Allein in Buenos Aires versammelten sich vor dem Kongressgebäude nach unterschiedlichen Medienberichten bis zu 200.000 Menschen. Es war eine der größten Demonstrationen seit dem Ende der Militärdiktatur 1983. Viele trugen Kerzen und riefen „Gerechtigkeit, Gerechtigkeit“. Landesweit gingen nochmals Hunderttausende auf die Straßen.

Der Vater des ermordeten Studenten übergab im Kongress eine

Petition mit der Forderung, Parlament und Regierung müssten deutlich mehr für die Sicherheit der Bürger tun. „Die Macht der Bürger wird die Behörden zwingen, die Gesellschaft zu schützen“, sagte Juan Carlos Blumberg mit Tränen in den Augen.

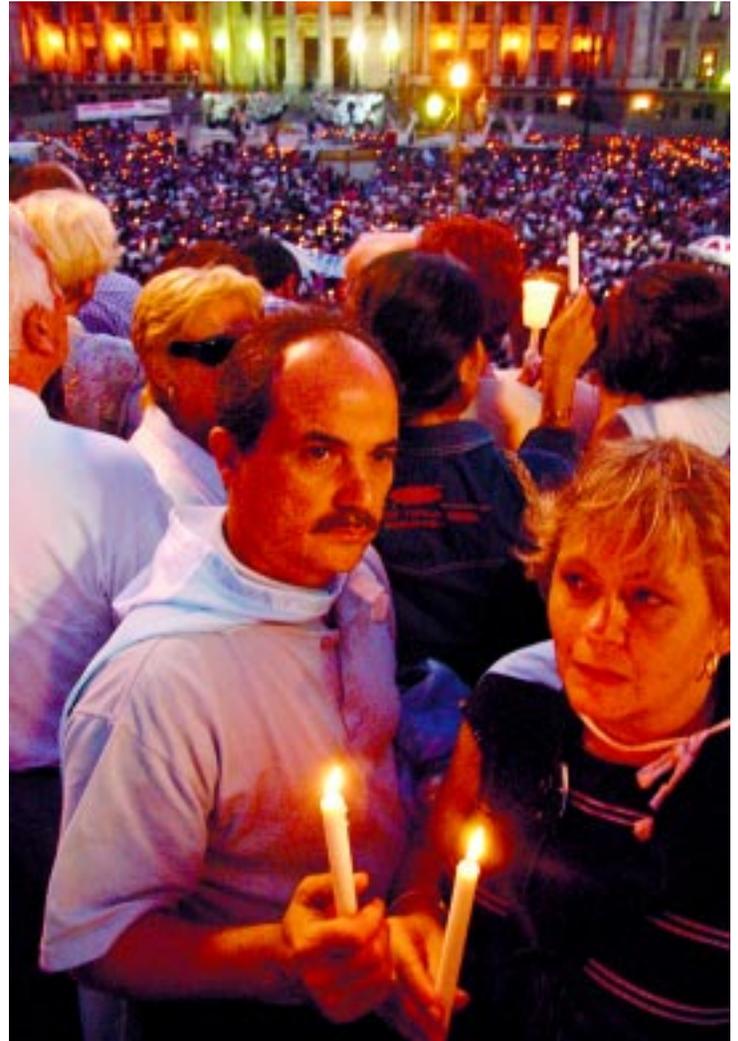
Präsident Néstor Kirchner äußerte Verständnis für den Ärger der Bevölkerung. „Wir müssen aufräumen. Es kann nicht sein, dass die Argentinier kein Vertrauen in ihre Sicherheitskräfte haben, weil sie Angst haben, von ihnen ausgeraubt zu werden“, sagte der in Río Grande weilende Kirchner. Zugleich kündigte er „drastische Maßnahmen“ an, nannte aber zunächst keine Einzelheiten.

Die Demonstranten warfen den Behörden Versagen bei der Verbrechensbekämpfung und einen zu laschen Umgang mit den Tätern vor. Die Menge warf der Regierung auch vor, dass wegen Mordes Ururteile oft schon nach wenigen Jahren wieder frei gelassen werden. Zudem wurde der Polizei vorgeworfen, mit Kriminellen gemeinsame Sache zu machen.

### Randglossen

Zuerst hiess es vor wenigen Wochen, dass die in der Provinz gewünschte kommissarische Bundesverwaltung, genannt Intervention, der Regierung von Santiago del Estero nicht gerechtfertigt sei, wie Innenminister Aníbal Fernández versicherte. Dieser Tage kippte die Nationalregierung um und erhielt vom Kongress das Mandat, einen Interventor nach Santiago del Estero für 180 Tage, gegebenenfalls ein Jahr, zu entsenden, der die Exekutive, das Parlament und die Justiz absetzt. Es geht offensichtlich um einen politischen Augiasstall mit Korruption, Spionage der Opposition, Presseknebelung und sogar vergangene Mordfälle. Bevor die neue Verwaltung reinen Tisch macht, haben die Parlamentarier der Provinz zeitgleich mit dem nationalen Gesetz die Gehälter der Legislative um ganze 75 Prozent angehoben. Im Zeitalter der Bekämpfung der politischen Korruption.

Der Kongress hat nach längerem Zaudern das Gesetz verabschiedet, das der Exekutive erlauben soll, ausländischen Streitkräften, die an militärischen Übungen im Lande teilnehmen, die von Washington stets gewünschte Immunität zu garantieren. Delikte und Vergehen sollen von ausländischen Gerichten abgeurteilt werden, auch wenn sie im Lande begangen worden sind. Hierfür muss die Exekutive dem Kongress jeweils im März ein Programm solcher militärischer Übungen vorlegen, ebenso der Teilnahme argentinischer Streitkräfte im Ausland. Der Kongress soll die Exekutive beauftragen, fallweise die Immunität in konkreten Fälle zu garantieren. Erst dann werden nach diesem umständlichen Verfahren gemeinsame militärische Übungen im Lande mit Teilnahme von US-Streitkräften abgehalten werden, wie es früher ohne Kongressbilligung durchaus üblich war. Im Vorjahr musste die Übung eingestellt werden, was zu Reibereien mit US-Militärbehörden und Nachbarländern führte, die sich für die Übungen vorbereitet hatten und darauf verzichten mussten.



Kerzen gegen das Dunkel: Demonstranten vor dem Kongress in Buenos Aires.

(AP-Foto)

Unterdessen trat am Mittwoch Raúl Rivara von seinem Amt als Sicherheitsminister der Provinz Buenos Aires zurück. Er zog damit die Konsequenzen aus der Diskussion um das vermeintliche Fehlverhalten der Polizei im Fall Blumberg. Bis auf weiteres wird die Vizegouverneurin Graciela Giannettasio das vakante Amt übernehmen. Auch Gouverneur Felipe Solá ist angesichts der zunehmenden Entführungsfälle in den vergangenen Monaten stark unter Druck geraten.

Als besonders korrupt gilt die

Polizei der Provinz Buenos Aires, die so genannte Bonaerense. Seit Jahren schon äußern Bürger bei Umfragen regelmäßig, dass sie die Polizei ebenso fürchten wie Kriminelle. Das Problem hat sich durch die seit Jahren andauernde Wirtschaftskrise weiter verschärft.

Vor allem so genannte Blitz-Entführungen haben stark zugenommen. Dabei werden Bewohner wohlhabender Stadtteile wahllos von der Straße weg entführt. Die Angehörigen bekommen nur ganz wenig Zeit, um die Lösegelder aufzutreiben.

# Juárez-Ära zu Ende

## Kongress stimmt für Intervention / Gouverneurs-Ehepaar verhaftet

Buenos Aires (AT/JW) - Mit der Zustimmung des Senats in Buenos Aires zu der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Intervention in der Krisenprovinz Santiago del Estero ging am Donnerstag nach 55 Jahren die Herrschaft des „Caudillos“ Carlos Juárez (PJ) und seiner Ehefrau, der seit 2002 amtierenden Gouverneurin Mercedes „Nina“ Aragón de Juárez, zu Ende. Nur wenige Stunden nach der Verabschiedung im Senat gab Bundesrichter Angel Toledo einem Antrag der Staatsanwaltschaft statt und ordnete die Verhaftung des Gouverneurs-Ehepaares an, das sich aus Altersgründen seit Donnerstagabend in Hausarrest befindet. Der Richter hatte zuvor ein Ausreiseverbot gegen den 87-jährigen Juárez und seine zehn Jahre jüngere Frau „Nina“ verhängt.

Die Intervention der Krisenprovinz ist zunächst auf 180 Tage angesetzt. Interventor ist der bis-

herige Staatssekretär im Justizministerium, Pablo Lanusse. Einen Tag vor der Abstimmung im Senat hatte bereits das Parlament mit großer Mehrheit für eine Kontrolluntersuchung der Provinz votiert: 195 Jastanden 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen entgegen. Es ist die vierzehnte Intervention in der Geschichte Santiagos seit 1853 und die erste seit 1994. Damals war gegen Gouverneur Juárez interveniert worden.

Dem Gouverneurs-Ehepaar wird Misswirtschaft und Korruption in großem Stil vorgeworfen. Juárez, der seit 1949 fünf Mal, zuletzt 1998, die Gouverneurswahlen in Santiago gewonnen hatte, wird zudem beschuldigt, für den Aufbau eines Geheimdienstes verantwortlich zu sein, mit dessen Hilfe Oppositionelle ausgeschaltet werden sollten. Laut Medienberichten sollen bis zu 40.000 Menschen überwacht worden sein. Der ehemalige Sicherheits-

chef der Provinz, Musa Azar, wirft Juárez zudem vor, für das „Verschwinden“ eines Stadtrats Mitte der 70er Jahre verantwortlich zu sein.

Die im Volksmund „Nina“ genannte Juárez-Gattin soll aus dem Nationalen Sozialwerk Anses 500.000 Pesos für persönliche Zwecke abgezweigt haben. Insgesamt sollen rund ein Dutzend Regierungsmitglieder Anses-Gelder erhalten haben.

Höchst umstritten war auch die Maßnahme, ihren Mann Anfang März handstreichartig zum Wirtschaftsminister zu ernennen, nachdem im Zuge der Azar-Anschuldigungen juristische Schritte gegen den Peronisten eingeleitet worden waren. Zudem sollen beide jahrelang von illegalen Rentenzahlungen profitiert haben.

Der Nobelpreisträger von 1980, Adolfo Pérez Esquivel, hatte bei einem zweitägigen Besuch in Santiago am vergangenen Wo-

chenende schwere Menschenrechtsverletzungen angemahnt. In der Provinz sei die „Demokratie in Gefahr“, sagte Esquivel gegenüber der Lokalzeitung „El Liberal“.

Die abgesetzte Gouverneurin „Nina“ hatte in den letzten Wochen mehrfach einen Rücktritt abgelehnt. Noch am Dienstag versammelte das Ehepaar Juárez rund 10.000 Anhänger vor dem Gouverneurspalast und verbreitete Durchhalteparolen.

Der Anfang vom Ende der Juárez-Ära waren die Ermittlungen rund um den weiter ungeklärten Doppelmord an zwei jungen Frauen in der Stadt La Dársena Anfang 2003, in deren Zuge reihenweise hochrangige Amtsträger aus Politik und Justiz ihre Posten räumen mussten. Es wird vermutet, dass mit der Bluttat Verwicklungen von Funktionären in den Drogenhandel vertuscht werden sollten.

## PJ führungslos

### Parteichef Fellner zurückgetreten / Kein Nachfolger ins Sicht

Buenos Aires (AT/JW) - Vor dem Hintergrund des Machtkampfs im PJ ist am Montag der Gouverneur von Jujuy, Eduardo Fellner, vom Parteivorsitz der Peronisten zurückgetreten. Damit ist die justizialistische Partei bis auf weiteres führungslos. Fellner war erst am vorvergangenen Freitag auf dem so genannten Nationalkongress in Parque Norte (Buenos Aires) zum neuen PJ-Chef gewählt worden und damit zum Nachfolger des umstrittenen, im selbst erwählten chilenischen Exil lebenden Ex-Staatschef Carlos Menem. Fellner begründete seine Entscheidung schwammig mit „mangelnder Toleranz“ in weiten Teilen des PJ.

Wie Fellner traten unter der Woche zahlreiche weitere Amtsträger von ihren Posten zurück, darunter die PJ-Vizepräsidenten Jorge Obeid und Mario Das Neves sowie José Mauel de la Sota (Sprecher).

Der Parteitag am vorvergangenen Freitag war ganz im Zeichen des Streits zwischen Staatspräsident Néstor Kirchner und zahlreichen Gouverneuren so genannter „großer“ Provinzen wie Buenos Aires (Felipe Solá) und Córdoba (de la Sota) gestanden, die Tage zuvor dem Aufruf Kirchners zum Putschgedenken nicht gefolgt waren.

Der Staatschef selbst war gar nicht erst auf dem Parteitag erschienen und hatte seine Frau Cristina Fernández geschickt. Diese lieferte sich vor Hunderten Parteigängern mit Hilda „Chiche“ González, der

Gattin des ehemaligen Interimsstaatschefs Eduardo Duhalde, ein verbales Scharmützel. Beide stellten dabei die parteipolitischen Kompetenzen der Kontrahentin und damit letztlich auch die Kirchners und Duhaldes in Frage.

Die beiden Machtpolitiker verbindet seit der gewonnenen Präsidentschaftswahl im vergangenen Mai eine offen zur Schau getragene Ablehnung. Längst hat sich das Kräftemessen der beiden als lähmend erwiesen für die Peronisten auf der Suche nach einer Post-Menem-Ausrichtung.

Unklar ist unterdessen, wie und wann eine neue Führungsspitze gewählt wird. Die von Medien und PJ-Politikern gleichermaßen ins Spiel gebrachte Wahlrichterin María Servini de Cubría hat Mutmaßungen zurückgewiesen, sie werde als Interventorin Neuwahlen vorbereiten. Unter der Woche wurde zudem die Möglichkeit diskutiert, wonach die verbliebenen PJ-Ratsmitglieder einen neuen Parteitag und Neuwahlen vorbereiten sollen.

Beides scheint in jedem Fall nicht vor Jahresende durchführbar. Bis dahin wäre nach heutigem Stand der PJ-Chefposten vakant. Namhafte Politiker (und Kirchner-Gegner) wie der Gouverneur von Salta, Juan Carlos Romero, oder Córdoba de la Sota wiesen dieser Tage Gerüchte zurück, sie spekulierten mit dem Parteivorsitz.

## Urteil wegen Babyraub

### Präzedenzfall: Erstmals müssen Schergen der Diktatur für Babyraub hinter Gitter

Buenos Aires (AT/JW) - Ein Gericht in der Provinzhauptstadt La Plata hat zwei Polizeioffiziere für schuldig befunden, während der Militärdiktatur (1976-1983) Säuglinge von Frauen, die in den Foltergefängnissen ermordet wurden, gestohlen und zur Adopotion freigegeben zu haben. Die Rich-

ter verurteilten Miguel Etchecolatz und Jorge Berge wegen des Vergehens zu jeweils sieben Jahren Haft. Etchecolatz beteuerte bis zuletzt seine Unschuld. Das Urteil schließt ein Berufsverbot von 14 Jahren ein. Zudem müssen die Verurteilten für die Prozesskosten aufkommen. Die Staatsanwalt-

schaft hatte für eine zehnjährige Haftstrafe, die Klägeranwälte der Asamblea Permanente por los Derechos Humanos (APDH) 15 Jahre Gefängnis gefordert.

Es ist das erste Mal, dass ehemalige Schergen der Militärregierung für den so genannten Babyraub hinter Gitter müssen. Die

Verurteilung könnte ein Präzedenzfall werden. Offiziell sind während der Militärdiktatur rund 10.000 Menschen getötet worden oder verschwanden spurlos.

Vertreter von Menschenrechtsgruppen ließen ihrer Genugtuung über das Urteil noch im Gerichtsal freien Lauf. Sie sangen und ap-

plaudierten, als die drei Richter die Urteilsverkündung gegen den ehemaligen Provinzpolizeichef Etcheolatz und den ehemaligen Militärarzt Berges verlasen.

Beide Männer wurden für schuldig befunden, den Raub eines Säuglings in die Wege geleitet zu haben. Die Eltern des Babys stammten aus Uruguay und waren in Argentinien verhaftet worden. Die Mutter durfte noch entbinden, bevor sie getötet wur-

de - eine damals gängige Praxis.

Für das Gericht hat sich Berges auch der Urkundenfälschung schuldig gemacht. Demnach stellte er die Geburtsurkunde auf den Namen María de las Mercedes Fernández aus, Tochter von Horacio Enrique Fernández und Marta Noemí García. Tatsächlich handelte es sich aber um das Kind der vermeintlichen Regimegegner Eduardo Gallo Castro und Aída Sanz Fernández, das am 27. De-

zember 1977 im Folterzentrum „Pozo de Banfield“ geboren wurde. Berges habe das Kind nach der Geburt dem regimetreuen Ehepaar Fernández übergeben, das von der Herkunft des Kindes laut Medienberichten vom Dienstag jedoch nichts gewusst habe. Das Gericht verfügte nun, dass die mittlerweile 26-jährige Frau nachträglich mit ihrem richtigen Namen in sämtliche Personenregister eingetragen werde.

Die Zahl der Kinder, die ihren Müttern vor deren Tod entrisen wurden, um sie anonym an Familien von Regimeanhängern zu geben, wird auf rund 400 geschätzt. Laut Medienberichten konnten bisher erst 77 von ihnen ausgemacht werden. Die Mütter mussten ihre Kinder vor den Augen der Folterer in den Militärgefängnissen auf die Welt bringen. Sofort danach wurden sie ihnen genommen, bevor sie selbst sterben mussten.

## Peronistischer Parteizank

Gelegentlich genügt ein Funke, damit ein Pulverfass explodiert. So geschah es auf dem Parteitag der Justizialisten am Freitag der Vorwoche, wo offenbar politisches Pulver schwelte, als die Präsidentengattin und Senatorin für Santa Cruz, Cristina Fernández, sich über die vom Parteipublikum kritisierten Äusserungen des Gouverneurs von Santa Cruz Sergio Acevedo ärgerte und unterschwellig ihre Parteikolleginnen Hilda „Chiche“ González sowie Olga Ruitort monierte. Senatorin Fernández umschrieb ihre Kritik, indem sie auf Parteifrauen hinwies, die sich hinter ihren Ehegatten verbergen, Spanisch „portadoras de marido“. Gemeint waren Expräsident Eduardo Duhalde und Gouverneur José Manuel de la Sota von Córdoba, Gatten von „Chiche“ bzw. Olga.

Chiche und Olga reagierten erobst, weil sie selber eine politische Laufbahn hinter sich gebracht hatten, so dass sie die Attacke als Drohen ihrer Gatten ablehnten. Die anwesenden Parteimitglieder äusserten sich ebenfalls mit Buhrufen gegen Senatorin Fernández. Die prominenteste Präsidentengattin im Justizialismus war schliesslich Eva Perón, als Evita nach wie vor verehrt, ohne dass es jemand in der Partei wagen würde, ihre eigenen politischen Verdienste als Gattin Peróns zu schmälern.

Hinter dieser nur scheinbar unwichtigen Parteidispute verbirgt sich eine tiefe Spaltung der Partei. Auf einer Seite stehen die meisten Parteipolitiker, allenfalls Gouverneure oder Träger anderer Wahlämter, die die traditionellen Politiker vertreten. Ihnen gegenüber befinden sich die Überlebenden der damaligen Montoneros und Jungperonisten, die Teil der Gewaltszene der siebziger Jahre waren. Zu diesen gehört das Ehepaar Kirchner. Der Präsident und seine Gattin bemühen sich nahezu täglich, die Szene der siebziger Jahre wieder aufleben zu lassen. Sie beschuldigen pausenlos die brutale Repression der Militärs gegen die Terroristen, gleich ob sie der dogmatisch marxistischen Organisation ERP angehörten oder den peronistisch angehauchten Montoneros sowie anderer Terrorgruppen, lehnen aber eine Selbstkritik der Überlebenden ab, die nach der Selbstkritik der Spitzen der drei Streitkräfte zur Befriedung der Gemüter führen könnte.

Ein sachlicher Streitpunkt auf dem Parteitag, wo hauptsächlich der Parteivorstand zu wählen war, bezog sich auf die Amnestie der Parteimitglieder, die ausserhalb der Partei Kandidaturen aufgestellt hatten und

jetzt zurückkehren wollen. Offenbar befinden sich darunter mehrere politische Freunde Kirchners mit dessen sogenannter transversaler Parteipolitik, die den traditionellen Peronisten nicht behagt. Der Amnestievorstoss wurde auf dem Parteitag nicht gebilligt, woran Kirchner Anstoss nahm.

Der Präsident übte unmittelbar nach dem Parteitag Einfluss auf mehrere frisch ernannte Mitglieder des Vorstandes, damit sie umgehend von ihren Parteiämtern zurücktreten, was auch geschah, allen voran Parteivorsitzender Eduardo Fellner, Gouverneur von Jujuy, nach nur drei Tagen im Amt, der die Parteigeschäfte längst als Leiter eines Ausschusses zusammen mit anderen justizialistischen Gouverneuren führte. Der Parteivorstand wurde zwar mit den von Kirchner gewünschten Mitgliedern deutlich verdünnt, aber nicht aufgelöst.

Die Justizialistische Partei muss nun einen neuen Vorstand bestellen. Das kann durch die Einmischung der Wahlrichterin Servini de Cubría erfolgen, die parteiinterne Wahlen einberufen müsste, sofern der Vorstand durch weitere Demissionen aufgelöst wird, oder durch den Wahlausschuss, der nicht demissioniert hat und der im gleichen Sinne handeln kann. Danach dürfte ein neuer Vorstand mit einer einzigen Liste entstehen, so dass sich die Wahlen erübrigen würden, solange keine Gegenliste aufgestellt wird.

Nach dem explodierten Pulverfass des Parteitags wurde in Kreisen, die dem Präsidenten nahe stehen, Gouverneur de la Sota als der echte Parteigeegner identifiziert, was letzterer ablehnt. Ihm wird vorgehalten, dass er in seiner Parteidrede auf die Ermordung vor drei Jahrzehnten des damaligen Gewerkschaftsführers José Rucci hinwies, die den Montoneros angelastet wird. Abermals schwelte hier das Gespenst der gewaltträchtigen siebziger Jahre, das die Peronisten untereinander spaltet.

Es geht in diesem Disput um die nationale Führung der Partei. Die echte Parteibasis liegt in den Gliedstaaten, wo die Parteigewaltigen Gouverneure und allenfalls Bürgermeister im Amt sind, oder Parteiführer ohne Wahlämter. Diese Gouverneure und Parteiführer sollen die nationale Parteiführung zusammen stellen, was nach dem Parteizwist vorerst misslungen ist.

Die echten Verhandlungen zur Überwindung dieses Zankes werden von Präsident Kirchner und seinem Vorgänger Eduardo Duhalde geführt, dessen Getreuen im Parteivorstand nicht demissioniert haben, so dass er nicht aufgelöst wurde. Eine neue Liste für den Vorstand mag gelegentlich ausgehandelt werden. Unterdessen werden die Parteigewaltigen weiterhin die nationale Regierung im Kongress unterstützen, sofern freilich keine neuen Pulverfässer mit Gespenstern aus den siebziger Jahren Unheil anrichten.

## ALCA-Treffen erneut verschoben

Buenos Aires (dpa) - Die für den 22. und 23. April in Mexiko vorgesehene nächste Verhandlungsrunde über die Schaffung einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA) ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Das teilte der Staatssekretär für Handelsfragen, Martín Redrado, am Donnerstag in Buenos Aires mit.

Bei zweitägigen informellen Gesprächen in Buenos Aires der Vertreter von 34 Staaten des amerikanischen Kontinents sei es nicht gelungen, Kompromisse im Bereich der besonders umstrittenen Agrar-subsidien zu erzielen, sagte Redrado zur Begründung. Es war bereits das zweite Mal, dass das Treffen verschoben wurde.

Mehrere Länder Südamerikas verlangen von den USA einen Abbau der Subventionen für die Landwirtschaft, die USA wollen darüber aber nur innerhalb der Welthandelsorganisation (WHO) verhandeln. Die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen laufen schon seit 1998. Beim jüngsten Amerika-Gipfel im mexikanischen Monterrey waren die USA mit dem Versuch gescheitert, den 1. Januar 2005 als Termin für deren Abschluss festzulegen.



**CD Rom / Touch-Screen**  
**Web / Video Digital**  
**3D / Animaciones**  
**(5411)4703-5509**  
**www.multimedia.com.ar**

## WOCHENÜBERSICHT

### Malwinen-Gedenken

Staatspräsident Néstor Kirchner hat sich bei der zentralen Gedenkfeier zum 22. Jahrestag des Ausbruchs des Malwinenkrieges zuversichtlich gezeigt, dass das Archipel „eines Tages“ wieder zu Argentinien gehören wird. Dies könne jedoch nur auf dem „Weg des Dialogs, des Friedens und der Menschenwürde“ geschehen, sagte der Präsident am Freitag in Ushuaia. Bereits am Donnerstag hatte sich Kirchner in Río Grande mit Kriegsveteranen getroffen. Während der zweimonatigen kriegerischen Auseinandersetzung mit Großbritannien starben rund 650 argentinische Soldaten.

### Neue Gehwege

Gute Nachrichten für die Fußgänger in Buenos Aires: Seit vergangener Donnerstag werden Gehwege in der Bundeshauptstadt ausgebessert. Ein entsprechendes Projekt ratifizierte die Stadtverwaltung von Buenos Aires. Nach Medienberichten sollen in den kommenden vier Jahren rund 300 Kilometer Fußgängerwege erneuert werden. Begonnen mit den Restaurierungsarbeiten wurde zunächst in den am schlimmsten betroffenen Stadtteilen Barracas, Pompeya, Soldati, Lugano und Mataderos. Nach Angaben der Zeitung „Clarín“ sind 61,5 Millionen Pesos für das Projekt veranschlagt.

### Gehaltsobergrenze

Der Unterstaatssekretär Norberto Ivancich hat eine Diskussion um die Abschaffung der bestehenden Gehaltsobergrenze für Regierungsfunktionäre gefordert. Diese führe

vielfach zu Problemen, weil hochrangige Regierungsvertreter dadurch mitunter weniger verdienen als externe Mitarbeiter, sagte Ivancich gegenüber der Zeitung „La Nación“ (Dienstausgabe). Die Gehaltsobergrenze beträgt derzeit 3000 Pesos monatlich und war im Dezember 2003 vom damaligen Staatspräsidenten Adolfo Rodríguez Saá eingeführt worden.

### Bielsa bei Batlle

Außenminister Rafael Bielsa ist am Montag in Montevideo von Staatspräsident Jorge Batlle empfangen worden. Thema der Unterredung waren die Verhandlungen des Mercosur über einen Freihandel mit der Europäischen Union. Es werde „alles versucht“, dass die Verhandlungen bis spätestens Oktober abgeschlossen werden, sagte Bielsa nach dem Treffen.

### DAIA-Lob

Der Dachverband der jüdischen Vereinigungen in Argentinien hat sich positiv zu der jüngsten Selbstkritik von Marinechef Jorge Godoy geäußert. In einem Schreiben an den Oberbefehlshaber hieß es, Godoy's Äußerungen verdienten „unsere volle Zustimmung“. Godoy hatte DAIA-Präsident Gilbert Lewi und Generalsekretär Julio Tokor am Montag zu einer Unterredung empfangen. Der Marinechef hatte am 3. März in einer vielbeachteten mea culpa-Rede die Rolle der Marine während der Militärdiktatur kritisiert und die Mechanikerschule ESMA als „Symbol für Barberei und Irrationalität“ bezeichnet. In der ESMA war zu Diktaturzeiten eines der berüchtigsten Folterzentren untergebracht.

### Demos in San Luis

In San Luis haben Donnerstag erneut Tausende gegen die Politik von Gouverneur Alberto Rodríguez Saá demonstriert. Die Menge warf der Regierung autoritäre Strukturen, eine verfehlte Bildungspolitik und „Antikatholizismus“ vor. Es war bereits die neunte Großdemonstration gegen die Rodríguez Saá in den letzten Wochen. Am Donnerstagmittag noch hatten sich Tausende zu einer Pro-Regierungs-Demonstration versammelt. Die Stadtverwaltung von Villa de Merlo wurde unterdessen bei Präsident Néstor Kirchner wegen vermeintlicher „Diskriminierung“ durch die Provinzregierung vorstellig. Zuvor hatte die Provinzregierung laut Medienberichten Merlo als einzige Stadt keine Gelder aus einem Infrastrukturfonds zukommen lassen. Merlo ist die Touristenhochburg der Provinz und die einzige, in der die Opposition regiert.

### Flugzeugunglück

Beim Absturz eines zweimotorigen Kleinflugzeugs vom Typ Piper Azteca 23 sind am vergangenen Dienstag unweit des Flughafens von San Carlos de Bariloche vier Menschen ums Leben ge-

kommen. Nach Medienberichten verlor der Pilot aus zunächst ungeklärter Ursache die Kontrolle über die Maschine, die daraufhin mit einer Tragfläche einen Radarmasten streifte. Das mit einem Arzt und einer Krankenschwester besetzte Flugzeug sollte im nahen San Martín de los Andes eine Patientin aufnehmen und ins Krankenhaus von Neuquén fliegen. Ebenfalls am Dienstag starben bei einem Frontalzusammenstoß eines Fernreisebusses mit einem Lastwagen nahe Rosario zwei Menschen.

### Wallenberg-Stiftung

Die Internationale Raoul Wallenberg-Stiftung hat am Dienstag mit einer Zeremonie in der spanischen Botschaft acht spanischer Diplomaten gedacht, die während des Zweiten Weltkriegs Juden vor dem Naziregime retteten. Staatspräsident Néstor Kirchner schickte Grußworte. Bei der Veranstaltung wurde neben dem spanischen Botschafter Manuel Alabart sechs Argentinier für ihr Wirken rund um „Völkerverständigung, Aussöhnung und Wahrheitssuche“ ausgezeichnet, darunter Kardinal Jorge Bergoglio, der Journalist Uki Goñi, Regisseur Sergio Renán und der Schriftsteller Marcos Aguinis.

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Neue Berghütten am Aconcagua

Weil er der höchste ist, übt er auf alle eine geradezu magische Anziehungskraft aus. Dabei gibt es schwierigere und schönere Berge in den Anden als den Aconcagua. Tatsache ist, dass von Jahr zu Jahr mehr Bergfreunde den Koloss zu besteigen versuchen. Für die Provinz Mendoza stellt er zudem eine interessante Einnahmequelle dar, denn pro Saison strömen über zwei Millionen Pesos in die Kassen. Die Einkünfte stammen hauptsächlich aus den Beiträgen, die die Besteiger den Behörden für die Genehmigung entrichten müssen. In der Hauptsaison sind das 300 Dollar pro Person für Ausländer (derzeit vornehmlich Nordamerikaner, Deutsche, Tschechen, Polen und Japaner), in der Nebensaison 100 Dollar. Für jemanden, der die lange Anreise in Kauf nimmt, kein ins Gewicht fallender Betrag, wenn man bedenkt, dass eine Everest-Expedition insgesamt mit 40.000 Dollar zu Buche schlagen kann. In letzterem Fall sind die Kosten wegen der anzuheuernden Sherpas so hoch (außer der Genehmigung an sich). Am Aconcagua hingegen mieten manche Bergtouristen zum Tragen der Rucksäcke Mulis. Etwa neun von zehn Besteigern sind Ausländer.



Der Aconcagua von der Südseite gesehen.

## TABELLEN

### Fußball

#### WM-Qualifikation Südamerika

**Fünfter Spieltag:** Argentinien - Ecuador 1:0, Bolivien - Chile 0:2, Paraguay - Brasilien 0:0, Uruguay - Venezuela 0:3, Peru - Kolumbien 0:2.

**Tabelle:** 1. Argentinien 11 Punkte; 2. Paraguay 10; 3. Brasilien und Venezuela, je 9; 5. Uruguay und Chile, je 7; 7. Peru 5; 8. Ecuador und Kolumbien, je 4; 10. Bolivien 3.

#### Torneo Clausura

**Siebter Spieltag:** Talleres - Vélez 1:0, Atlético Rafaela - Rosario Central 3:1, Lanús - Boca 0:3, River Plate - Arsenal 5:0, Newell's - Colón 0:1, Estudiantes LP - San Lorenzo 1:1, Racing Club - Chacarita 2:1, Nueva Chicago - Gimnasia LP 1:2, Independiente - Olimpo BB 1:0, Quilmes - Banfield 1:0.

**Tabellenspitze:** 1. Talleres 19 Punkte; 2. Boca 14; 3. River, Racing und Colón, je 13.

Nächstes Jahr sollen die Aufstiegsmöglichkeiten durch die Erstellung neuer Unterkünfte verbessert und sicherer gestaltet werden. Bei Pampa de Leña (2800), Casa de Piedra (3100), Confluencia (3300 Meter), Plaza Guanaco (4000) und Plaza de Mulas, das seit jeher wichtigste Basislager in 4300 Meter, sollen Berghütten für je acht Personen mit Bergführern und Sanitätern errichtet werden.

In den letzten Jahren ist die Anzahl der Opfer leicht zurück gegangen; in dieser Saison waren es ausgerechnet zwei Deutsche, die ihr Leben an der Südwand des höchsten Gipfels der Anden (und gleichzeitig der südlichen Halbkugel) lassen mussten.

An sich waren die Protagonisten am Aconcagua seit je Deutsche, Österreicher und Schweizer: der Berliner Geografieprofessor Paul Güssfeldt kam schon 1883 dem Gipfel greifbar nahe, doch erst 1897 gelang es dem Schweizer Matthias Zurbriggen von der britischen Expedition Fitz Gerald, seinen Eispickel in den Granit des 6958 Meter hohen Gipfels zu rammen. Lange Jahre hinweg waren es immer wieder deutsche Namen wie Helbling, Borchers, Maass und Schneider, später auch Strasser, Link, Kopp und Herold, die am Koloss Geschichte schrieben.

### Herbstfahrt um das Südkap

Jetzt gibt es auch im Herbst Törns rund um Kap Hoorn. Mit dem modernen Motorschiff Terra Australis kann man am 6. und am 9. Mai eine Umfahrung der Südspitze des Kontinents unternehmen, und zwar sowohl durch argentinische als auch durch chilenische Gewässer. Exkursionen bzw. Anlauf- bzw. Anlegepunkte sind Ushuaia (Abfahrt und Ankunft), Kap Hoorn, Bahía Orange, Garibaldi-Gletscher, Bosque Magallánico und Glaciar Pla, jeweils 4 Tage/3 Nächte. Info durch [www.australis.com](http://www.australis.com) oder [nacional@eurotur.com.ar](mailto:nacional@eurotur.com.ar), Tel.: 4312-6077.

Marlú

## AUTO UND MOTOR

### Autos erhöhen die Luftfeuchtigkeit



Autos bei der Fahrt in die Stadt.

Buenos Aires, seines Namens durchaus würdig, genießt nicht nur eine der günstigsten Klimabedingungen der Erde, sondern ist auch eine der Städte mit der verhältnismäßig geringsten Luftverpestung.

Dies, auch wenn es die Porteños anders sehen mögen. Die ständig über uns hinweg streichenden Südostwinde, die in den gewaltigen Hochdruckgebieten über dem Südatlantik entstehen, tragen Rauch und Smog wie in einem ständigen Sog unaufhörlich fort. Zurück bleibt die typische, im Prinzip saubere Atmosphäre von Buenos Aires, nicht im entferntesten zu vergleichen mit Hexenkesseln wie Santiago de Chile, Caracas, Mexiko oder Los Angeles.

Wer sich im Flugzeug der Metropole am Río de la Plata nähert, kann dennoch (je nach Wetterlage unterschiedlich ausgeprägt) deutlich eine regelrechte Smogschicht über dem rund 4000 Quadratkilometer großen Ballungszentrum erkennen.

Dieser Smog entströmt einerseits den Fabrikschornsteinen, andererseits aber auch den Auspuffrohren der Autos. Die Schmutz- und Rauchpartikel sind die Hauptschuldigen bei der Bildung dieser Wolkenschicht.

Doch noch etwas anderes enthält diese Luftlocke: einen extrem hohen Anteil an Luftfeuchtigkeit. Denn: beim der Verbrennung im Auto-

motor entsteht Wasserdampf, und zwar etwa genau so viel, wie Kraftstoff verfeuert wird.

Man stelle sich nun vor: angenommen, es rollen eine Million Kraftfahrzeuge pro Wochentag in der Stadt, und jeder Wagen verbrennt fünf Liter Otto- oder Dieselmotorkraftstoff. Daraus resultiert, dass durch den Verbrennungsvorgang rund fünf Millionen Liter Wasser in Form von Dampf in die Atmosphäre gelangen und dort, je nach Windgeschwindigkeit, kürzere oder längere Zeit verweilen.

Diese gewaltige Menge Wasserdampf gesellt sich zu der natürlichen Luftfeuchtigkeit von 70, 80 oder manchmal über 90 Prozent und belastet damit das Stadtklima zusätzlich (man erinnere sich an die sprichwörtliche Waschküche). In Wirklichkeit dürften viel mehr Fahrzeuge in Buenos Aires zirkulieren, aber schon der angeführte Näherungswert gibt eine Idee von der Größe des Problems.

An Wochenenden, bei geringem Verkehr, ist es deshalb in der Innenstadt von Buenos Aires messbar etwas weniger feucht als wochentags.

## Nachruf für Axel Blumberg

Die Gemeinschaft der Goethe-Schule bringt hiermit ihre Bestürzung und den zutiefst empfundenen Schmerz über die Entführung und Ermordung von Axel Damian Blumberg, eines ehemaligen Schülers des Prüfungsjahrganges 1998, zum Ausdruck.

Das Verbrechen und die Unsicherheit haben einmal mehr gesiegt, indem sie die Hoffnungen und Pläne dieses jungen Lebens zunichte gemacht haben.

Axel war ein hervorragender Schüler mit Begeisterung für Mathematik, Chemie und Physik, der sich anschnittete, „das Unbekannte zu erforschen“. Er verfügte über eine natürliche Begabung für Formgestaltung und technisches Zeichnen.

Auch in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern zeigte er Fähigkeiten, die aus seinem Lerneifer und der soliden Basis elterlicher Erziehung erwachsen: Er hatte Freude an Theateraufführungen und Museumsbesuchen. Er schätzte das Fach Geschichte, weil er der Meinung war, es sei nützlich, „um Irrtümer nicht zu wiederholen“.

Zu diesen Einstellungen gesellte sich sein Pflichtbewusstsein als Schüler und sein tadelloses Benehmen.

Bezeichnend für ihn war sein Stolz, Schüler der Goethe-Schule zu sein. Er bewies dies durch seine akademischen Studien ebenso wie durch seine sportlichen Leistungen. Seine Kameraden wählten ihn als Fahnenträger und er erreichte Rekorde im Hochsprung und als Läufer in Stafettenwettbewerben, so z.B. in der Siegerstaffel beim Jugendsportfest der Provinz Buenos Aires, wo der Preis eine Europareise war. Alle Teilnehmer erinnern sich dabei gerne an seine geradezu ansteckende Begeisterungsfähigkeit.

Seinen Mitschülern begegnete er stets mit Großzügigkeit und Solidarität, seinen Lehrern mit Respekt und Dankbarkeit.

Von klein auf zeigte er sich als ein Mensch, der einmal ein guter Freund, ein verantwortungsbewusster Berufstätiger und ein lieber Familienvater sein würde.

Er war ernsthaft, bescheiden, tüchtig und klar in seinen Ideen, gewillt, große Herausforderungen anzunehmen - und immer konstruktiv eingestellt.

1998 enthüllte er einmal, dass er sich selbst 10 Jahre später verheiratet sah, als Vater und berufstätig in einer Firma, die mit Technik zu tun haben würde.

Ein Verbrechen raubte ihm das Leben. Schrecken und Schlechtigkeit machten ihn zum Opfer.

Aber diese Tragödie wird überragt vom Lächeln dieses netten Jungen, seinem reinen Denken und seinen festen Überzeugungen. Nichts und niemand wird dies je aus dem Herzen derer tilgen können, die ihn kannten.

Es bleibt zu wünschen, dass sein Tod dazu beiträgt, dass am Ende Gerechtigkeit und Menschenrecht den Sieg davontragen.

Wir rufen dazu auf, den Irrsinn der Gewalt, der unsere Gesellschaft täglich erschüttert, zu beenden.

Möge Axel das letzte Opfer sein!

Wir drücken der Familie Blumberg unser tief empfundenes Beileid aus.



## Bestürzung und Empörung

Im Laufe der letzten Tage wurde unsere Gemeinschaft durch zwei schreckliche Ereignisse erschüttert:

Einerseits wurde, am helllichten Tage, Dr. Roberto Alemann auf offener Straße von Demonstranten tätlich angegriffen, die ihn beim zufälligen Vorbeigehen erkannten. Diejenigen, die einen - zwar noch rüstigen - Achtzigjährigen angreifen, verdienen die Ächtung der Gesellschaft wegen einer so feigen Tat.

Andererseits, und am anderen Ende der Lebensskala, wurde Axel Blumberg, Abiturient Jahrgang 1998 der Goethe-Schule Buenos Aires, entführt, auf brutale Art und Weise gefoltert und getötet. Ein junges, hoffnungsvolles Leben wurde unterbrochen, die Familie ihres einzigen Sohnes beraubt. Das Wort grauenvoll kann die Situation nur annähernd beschreiben.

Die gesamte deutsch-argentinische Gemeinschaft ist über diese zwei Terrorakte auf das Tiefste bestürzt und empört.

Der Dachverband der Deutsch-Argentinischen Vereinigungen - FAAG - steht an der Seite der Opfer und hofft, dass diese vandalischen Geschehnisse ein Ende nehmen.

**Rudolf Hepe, 2. Vorsitzender, Werner Reckziegel, 1. Vorsitzender**

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 2,86.** Die Terminkurse betragen zum 30.4. \$ 2,850, 31.5. \$ 2,850, 30.6. \$ 2,868, 29.7. \$ 2,875, 31.8. \$ 2,880 und 30.9. \$ 2,885.

\*\*\*

**Der Mervalindex fiel in der Berichtsoche zum Donnerstag um 2,5% auf 1.211,27,** der Burcapindex um 1,7% auf 2.771,81 und **der Börsenindex um 1,9% auf 52.314,05.**

\*\*\*

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liners) fiel in der Berichtswoche um 2,8% auf \$ 1,7602.**

\*\*\*

**Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven de ZB betragen am 29.3.04 US\$ 14,88 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 28,82 Mrd.** Eine Woche zuvor waren es US\$ 11,76 Mrd. bzw. \$ 28,90 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 15,05 Mrd. bzw. \$ 29,09 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 10,51 Mrd. bzw. \$ 19,54 Mrd.

\*\*\*

**Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 30.3.04 94,3%**

\*\*\*

**Die Weltbank wird voraussichtlich Mitte April den Finanzbeistand für Argentinien mit Krediten für US\$ 5 Mrd. billigen.** Wirtschaftsminister Lavagna erklärte, 04 würden US\$ 750-1.000 Mio. flüssig gemacht werden, davon US\$ 500 Mio. für Strukturänderungen, US\$ 100 für Gesundheit und \$ 400 Mio. für Strasseninstandhaltung. Der Kredit für Strukturänderungen könnte 04 nur teilweise beansprucht werden.

\*\*\*

**Die Konkursverwaltung der italienischen Parmalat will die argentinische Niederlassung verkaufen.** Die 1992 mit über US\$ 150 Mio. Investition eröffnete Filiale beschäftigt 1.200 Mitarbeiter und setzt \$ 190 Mio. im

Jahr um. Allein der Kauf von Lactona mit den Marken Gándara und Saavedra, kostete US\$ 110 Mio. US\$ 25 Mio. wurde in das Werk in Pilar investiert, dass später mit zusätzlichen US\$ 3 Mio. erweitert wurde. Die Trockenmilchfabrik kostete US\$ 8 Mio.

\*\*\*

**Das Schiedsgericht der Weltbank für internationale Investitionsstreitigkeiten (Ciadi) erhielt 2 weitere Klagen gegen Argentinien.** Mit der BP America Production Company und der CIT Group Inc. hat es bereits 29 Anklagen für rd. US\$ 3,8 Mrd., die grösste Anzahl von Klagen gegen einen Staat in der 40jährigen Geschichte des Ciadi, erhalten. 76% dieser Klagen stammen von privatisierten Dienstleistern. Mit Ausnahme von 2 Klagen, stammen alle aus der Zeit nach dem Wirtschaftszusammenbruch im Dezember 01. Hauptklagepunkte sind Vertragsbrüche, Missachtung der Vertragsklauseln über Besteuerungs-Stabilität (in Provinzen), Aufhebung und spätere Stornierung vertragsbedingter Preisanpassungen, Abschaffung von Beträgen in Dollar durch das Wirtschafts-Notstandsgesetz 2002 und die Unmöglichkeit von Auslandsüberweisungen.

\*\*\*

**Das Landwirtschaftssekretariat verhandelt mit der EU über den neuen genetisch veränderten RR-Mais von Monsanto.** Die Annahme ist für die Ausfuhr von jährlich 2 Mio. t in die EU ausschlaggebend, da dort gegen transgenen Mais diskriminiert wird. Wie die USA, hat Argentinien eine bejahende Einstellung zu genetisch veränderten Lebensmitteln, ist jedoch der EU gegenüber kompromissbereit. Die argentinischen Lebensmittelbehörden haben das Produkt bereits sämtlichen Prüfungen erfolgreich unterzogen.

\*\*\*

**Die Provinzregierung von Córdoba und die staatliche BICE Bank (Banco de Inversión y Comercio**

**Exterior) haben einen Absichtsbrief für die Finanzierung einer 55 km langen Strecke der Autobahn Córdoba-Rosario unterzeichnet.** In 60-90 Tagen soll die internationale Ausschreibung erfolgen. Die BICE Bank wird \$ 100 Mio. Kredit gewähren.

\*\*\*

**Die Firma Aceites de la Frontera hat eine neue Olivenölfabrik in Capayán, Provinz Catamarca, in Betrieb genommen.** Die Investition betrug US\$ 4 Mio. Das Werk kann pro Tag 90-100 t Oliven verarbeiten und 10 t Öl liefern. Es ist die 5. Olivenölfabrik in Catamarca, wo 20.000 ha mit Olivenbäumen bepflanzt sind.

\*\*\*

**In den ersten 2 Monaten 04 hat Argentinien 2.314 t frisches Hammelfleisch für US\$ 5,9 Mio. exportiert.** Wie der Tiergesundheitsdienst Senasa bekanntgab, waren das mengenmässig um 11% und wertmässig um 35% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Hauptabnehmer war Nordirland, mit Käufen für US\$ 757.000 vor Grossbritannien und Irland. Trotz der Zunahme kann Argentinien die von der EU gewährte Einfuhrquote von 20.000 Jato nicht erfüllen.

\*\*\*

**Der Absatz der Shoppings war im Februar mengenmässig um 16,2% grösser als im gleichen Vorjahresmonat, jedoch um 7,1% geringer als im Januar.** Wie das Statistikamt Indec bekanntgab, wurden \$ 173 Mio. umgesetzt. In laufenden Preisen bedeutete das eine Umsatzzunahme im Vorjahresvergleich von 39,2%, bei einer Jahresteuierung von 2,3%.

\*\*\*

**Das Arbeitsamt hat 2 Unternehmen geschlossen, die Gelegenheitsarbeiter vermitteln.** Die Firmen, Personal Temporario und Impel Center, hatten dafür keine Bewilligung. Der Arbeitsgesetzgebung zufolge wird Personal, das über nicht genehmigte Vermittler aufgenommen wurde, als entschädigungspflichtig und vollbeschäftigt betrachtet, wenn diese geschlossen werden.

\*\*\*

**Die Grundbucheintragungen in Buenos Aires Stadt sind im Februar im Vorjahresvergleich um 6,33% zurück gegangen.** Allerdings waren die 4.438 Eintragungen um 36,6% mehr als im Februar 02.

\*\*\*

**Nach Angaben der Geldinstitute nehmen 62% aller kleinen und mittelständischen Unternehmen (Pymes) keine Bankkredite auf.** Viele von ihnen, weil sie sehr flüssig sind, andere, weil sie nicht die notwendigen Bücher führen, und andere, weil sie über die Kreditlinien für sie nicht informiert sind.

\*\*\*

**Das belgische Logistikunternehmen Rohr hat im Hafen von Rosario eine Filiale eröffnet.** Es will seine Aussenhandelsdienste lokalen und internationalen Firmen anbieten. Rohr hat eine bedeutende Tätigkeit in Uruguay entwickelt und kommt jetzt auch nach Argentinien.

\*\*\*

**Planungsminister De Vido erklärte, zur Linderung der Energiekrise würde Argentinien von Venezuela Heiz- und Dieselöl gegen Lebensmittellieferungen erhalten.** Die ersten Verschiffungen würden in 30 Tagen eintreffen. Argentinien würde im gleichen Zeitraum Saatgut, Fleisch usw. liefern.

\*\*\*

**Metalpar, der auch in Argentinien tätige chilenische Hersteller von Buskarosserien, hat bei dem Weltbankschiedsgericht für Auslandsinvestitionsstreitigkeiten Iscid eine Schadenersatzklage gegen Argentinien eingereicht.** Es habe eine Enteignung vertraglich verbriefter Rechte von Metalpar stattgefunden. Dabei wurde gegen das chilenisch-argentinische Investitionsschutz- und -förderungsabkommen (Appi) verstossen. Das Unternehmen habe durch die Abschaffung der Convertibilität vor 2 Jahren einen grossen Teil seines Investitionsvermögens verloren und klage auf US\$ 30 Mio.

\*\*\*

**Cammesa, das Staatsunternehmen für die Überwachung des Stromgrossistenmarktes, hat angeordnet, dass die Netzspannung für alle Endverbraucher um 5% zu verringern sei.** Damit soll Elektroenergie gespart werden. Die Netzspannung von 209 statt 220 Volt gefährde Haushalts- und Industrieeräte nicht.

\*\*\*

**Das Stahlunternehmen Acindar will seine Investitionen 04 auf US\$ 40 Mio. erhöhen. Damit soll das Werk in Villa Constitución modernisiert werden.** Bisher waren für 04 US\$ 25 Mio. vorgesehen; der gesteigerte Absatz mache jedoch zusätzliche Investitionen notwendig. Das Werk sei voll ausgelastet und entstandene Engpässe müssten beseitigt werden. Ende 03 hatte Acindar mit seinen wichtigsten Gläubigern Schulden von US\$ 220 Mio. durch längerfristige Obligationen ohne Abschlag umstrukturiert, mit der Auflage dass, sollten die Eingänge grösser als erwartet sein, Fälligkeiten früher bezahlt werden.

\*\*\*

**Die Ausfuhr von frischem Gemüse und Hülsenfrüchten erreichten in den ersten 2 Monaten 04 69.455 t für US\$ 33,9 Mio., wie die Senasa bekanntgab.** Das seien mengenmässig um 7% und wertmässig um 11% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. 35.550 t für US\$ 20,13 Mio. davon waren Zwiebel, Knoblauch und Schalotten.

\*\*\*

**03 nahm die Zahl der Banken, die Geld verdienen konnten, zu. 41 hatten Bilanzgewinne, gegen 20 im Vor-**

**KAUFE VERSCH.  
COMPRAS VARIAS**

**IVES compra adornos, cristalería, porcelanas, antigüedades, muebles, objetos varios, 4791-4287**

## Mangel an Tintenfischen zwingt zur Einstellung des Fanges

Die Regierung hat angeordnet, dass die Fangflotten für Tintenfische in den nächsten Tagen in ihre Häfen zurückkehren müssen. Die Fischereisaison war ein erbärmliches Fiasko und die Tintenfischbestände seien gefährdet. Gleichzeitig wurde Grossbritannien und andere Fischereistaaten aufgefordert, entsprechende Massnahmen in den britisch verwalteten Gewässern zu treffen.

Jedes Jahr verkaufen die Behörden der Malvineninseln mehr als 100 Fischereilizenzen an ausländische Fangschiffe, um in den von ihnen kontrollierten Gewässern die begehrten Tintenfische zu fangen.

G. Nieto, Unterstaatssekretär für Fischerei, bestätigte, dass die Regierung in den nächsten Tagen beschliessen würde, den Fischfang südlich des 44. Breitengrades, wo 70% der Tintenfische gefangen werden, frühzeitig einzustellen. Die bisherigen Ergebnisse sind ausserordentlich beunruhigend. Seit Saisonbeginn im Februar haben die Schiffe kümmerliche 4 t pro Nacht fangen können, gegen 20 t, die ein Schiff in der vergangenen Saison einbringen konnte. Bis zur Vorwoche konnte die argentinische Flotte lediglich 28.251 t fischen.

Im Raum jenseits der 200 Seemeilengrenze der argentinischen Hoheitsgewässer ist die Lage noch schlimmer. Es wird angenommen, dass die über 100 von den Malvinenbehörden ermächtigte Fangschiffe aus Japan, China, Taiwan und anderen asiatischen Staaten nicht mehr als 10.000 t gefischt, und viele von ihnen bereits aufgegeben haben.

Niemand kann eine befriedigende Erklärung für den Rückgang geben, doch der Tintenfisch erscheint nicht. Es ist das dritte Jahr in Folge, in dem der Tintenfischfang frühzeitig (die Saison geht üblicherweise bis Juni) abgebrochen werden muss. Ein gewichtiges Argument ist die Überfischung, wie sie bereits beim Seehecht (merluza) festgestellt wurde. Beim Tintenfisch ist diese Feststellung jedoch nicht einfach. Er ist eine Saisonercheinung mit wechselndem Verhalten.

Seit 1999 ist die Fangmenge anhaltend gesunken. Damals wurden von allen anwesenden Flotten noch 732.000 t gefischt. 2003 waren es nur mehr 278.000 t und in diesem Jahr könne nur mehr mit knapp der Hälfte gerechnet werden.

jahr. 55 schlossen mit Verlusten ab, die jedoch geringer als im Vorjahr waren. Die meisten grossen Banken hatten weiter Verluste. Ausser der Macro-Bansud konnten nur Banken mit geringen Marktanteilen schwarze Zahlen schreiben.

\*\*\*

**Das Immobilienunternehmen Irsa hat 5 Grundstücke, insgesamt 100 ha, in Talar de Pacheco, Gemeindebezirk Tigre, der Firma Deesa verkauft.** Dort sollen geschlossene Wohnortschaften mit insgesamt 461 Wohnungen errichtet werden. Irsa erhält dafür US\$ 980.000 in Barem und 110 Grundstücke für rd. US\$ 3,9 Mio.

\*\*\*

**Die Zigarettenfabrik Massalin Particulares hat die angekündigten Preiserhöhungen für ihre teureren Sorten herabgesetzt.** So werden die Marken Marlboro und Philip Morris nicht um 60 Centavos pro Packung sondern nur um 30 Centavos teurer.

\*\*\*

**Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat die Frist für die Abgabe der eidesstattlichen Erklärungen für die Zahlungserleichterungspläne für Selbstständige und Einheitssteuerzahler bis zum 4.6.04 verlängert.** Bisher hätten bereits 5.000 säumige Steuerpflichtige \$ 2 Mio. bar bezahlt. Bei den Plänen müssen 50% der ersten Rate bis zum 26.4. bar eingezahlt werden.

\*\*\*

**Wirtschaftsminister Lavagna schlug vor, den Pressgasverkauf für den Kfz-Betrieb einzustellen.** Damit könnten 10% des Erdgasverbrauches eingespart werden. Er betonte, dass das seine persönliche Ansicht sei.

\*\*\*

**Der von der Kirchner-Regierung wieder eingeführte Passagiereisenbahndienst von Buenos Aires über Entre Rios und Corrientes nach Posadas, Misiones, benannt „El gran capitán“, hatte am Samstag der Vorwoche einen heftigen Zusammenstoss mit einem brasilianischen Lastwagen bei einer Überquerung in Corrientes, bei dem die Lokomotive zerstört wurde und die Weiterführung des Dienstes in Frage gestellt wird.** Am 28. Januar war auch ein Zug entgleist und vorher gab es auch Schwierigkeiten. Ohnehin dauert die Reise etwa doppelt so lang wie mit dem Omnibus. Diese Initiative wirft ein hohes Defizit ab, das das Schatzamt decken muss. Für Kirchner handelte es sich nur darum, das Gegenteil dessen zu tun, was Menem getan hat, der die Passagierdienste der Eisenbahn ins Landesinnere zum grössten Teil abgeschafft hat, weil sie sehr defizitär waren und keinen vernünftigen Sinn hatten.

\*\*\*

**Eine Gruppe von Aktivisten („piqueteros“) hat am Montag in der**

## Rekordzunahme bei öffentlichen Dienstleistungen

Im Februar verzeichnete das Statistikamt Indec im Vorjahresvergleich eine 18,9%ige Zunahme bei der Beanspruchung öffentlicher Dienstleistungen, die grösste, seit die Ermittlung 1993 eingeführt wurde. Der Vormonatsvergleich ergab ein Plus von 1,9%.

Die Stromlieferungen nahmen gegenüber Februar 2003 um 9,5% zu, der Erdgasverbrauch um 16,6%. Diese beiden Dienstleistungen haben die grösste Wägung in der Gesamtbewertung der Dienstleistungen.

Die grösste Zunahme wurde bei den Mobiltelefongesprächen mit 54,1% festgestellt. Die Zahl der in Gebrauch befindlichen Mobiltelefone nahm um 25% zu.

Der internationale Luftfrachtverkehr stieg um 36,8%, was die Verringerung der Inlandsluftfrachten um 14,6% mehr als wett machte. Die Eisenbahnfrachten legten nur 2,2% zu. Die Vorstadteisenbahnen beförderten um 13,9% mehr Fahrgäste, die U-Bahnen um 9,5% und die Stadt- und Vorstadtbusse von Gross Buenos Aires um 19,1% mehr.

An den Mautstellen wurden um 17,6% mehr Fahrzeuge gezählt. Die Gesamtzunahme öffentlicher Dienstleistungen betrug in den ersten zwei Monaten 2004 17,4%.

**Provinz Santa Cruz 25 Erdöllager besetzt und somit die Förderung von Erdöl und Gas lahmgelegt.** Das bedeutet den Ausfall von Lieferungen von 2 Mio. cbm. Gas täglich.

\*\*\*

**Die Zeitung „Ambito Financiero“ berichtet, dass der US-Investmentfonds Huff, in Vertretung der „Argentinean Recovery Company“ beim argentinischen Handelsrichter Fernando Ottolengui beantragt hat, dass er das Abkommen des Kabelfernseherunternehmens Multicanal (das zum Clarín-Konzern gehört) mit den Gläubigern nicht genehmige, weil die Bedingungen für eine Zwangsannahme durch alle Gläubiger nicht erfüllt worden seien.** Multicanal weist Passiven von \$ 1,84 Mrd. aus, von denen nur Gläubiger für \$ 1,23 Mrd. dem Vorschlag des Unternehmens zugestimmt haben, also nur 61,6% statt der von Gesetz geforderten 66%. Ausserdem seien die Bondsinhaber im Ausland ausgenommen worden, was das Verhältnis verfälschte, wobei ausserdem der Vertrag der Bonds Ausgabe bestimmt, dass alle und jeder Inhaber ihr ausdrückliches Einverständnis für Änderungen der Bedingungen geben müssen. Und schliesslich habe Multicanal angegeben, dass die Deutsche Bank u.a. Gläubiger zugestimmt haben, was nicht der Fall gewesen sei. Der Vorschlag an die Gläubiger lautet auf 70% Kapitalschnitt. Wenn das Abkommen nicht allgemeingültig erklärt wird, können die Gläubiger den Konkurs (quiebra) fordern.

\*\*\*

**Eduardo Hecker, Präsident der Banco de la Ciudad de Buenos Aires, die der Stadtregierung gehört, gab eine neue Kreditlinie für Kleinstunternehmen für Arbeitskapital und für physische Personen, auch Rentner, für den Kauf von GNC-Anlagen, für Klimaanlage und für neue oder gebrauchte Kfz bekannt.** Die Kredite laufen auf bis 48 Monate und der Zinssatz schwankt je nach Fall

zwischen 9% und 17%.

\*\*\*

**Andrés Chamboleyron, Wirtschaftler des Institutes IERAL, das von der Stiftung Fundación Meditarránea abhängt, hat in einem Artikel in der Zeitung „El Cronista“ darauf hingewiesen, dass die Gasnachfrage künstlich durch die Änderung der relativen Preise angespornt worden sei.** Während der Gaspreis gegenüber Dezember 2001, 2002 und 2003 unverändert blieb, stieg der Preis für elektrischen Strom um 15,6%, für verflüssigtes Erdöl (GLC) 103,2%, für Kerosin 88%, für Heizöl 275% und für Dieseltreibstoff 213,3%. Die Erholung der Wirtschaft ab 2002 führt somit für jeden Punkt der BIP-Zunahme zu eine Zunahme der Gasnachfrage um 24% gegenüber derjenigen, die bis 2002 bestand. Der Gasverbrauch für Kfz (GNC) ist 2002 um 26% und 2003 um 27% gestiegen.

\*\*\*

**Das Zollamt hat die Berechnungsgrundlage für die Rückvergütungen („reintegros“) bei Exporten zum Schaden der Exporteure geändert.** Bisher wurde der Prozentsatz auf den FOB-Wert einschliesslich der Exportsteuern berechnet; jetzt werden diese ausgeschlossen, so dass der Nettoerlös genommen wird, den der Exporteur erhält. Die Kammer der Exporteure hat sofort Protest erhoben.

\*\*\*

**Die Regierung hat \$ 40 Mio. bereitgestellt, um die sogenannte Wasserstrasse (hidrovia) der Flüsse Paraná und Paraguay während der Jahre 2004 und 2005 zu vertiefen und zu verbessern, um Schiffen mit grösserem Tiefgang den Zugang möglich zu machen.** Abgesehen davon haben sich die Privatunternehmen, sowohl dasjenige, das den Paraná vom La Plata-Strom bis Santa Fé schon vertieft hat und in Konzession betreibt, wie auch die Hafenkonzessionäre, zu Investitionen von \$ 520 Mio. verpflichtet. Das Programm betrifft 3.000 km.

\*\*\*

**In Neuquén wurde eine neue**

## Hohe Steuereinnahmen im März

Die gesamten Einnahmen des Nationalstaates an Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren lagen im März mit \$ 6,61 Mrd. um 37,1% über dem gleichen Monat des Vorjahres und um 4% über Februar. Das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) rechnet damit, dass im ganzen Jahr eine Zunahme von etwa 35% erreicht wird, weit mehr als die von 13,7%, die der Berechnung des Budgets zu Grunde lag. Für Mai erwartet AFIP-Direktor A. Abad Einnahmen von über \$ 10 Mrd., wobei dieser Sprung auf hohe Restzahlungen der Gewinnsteuer durch die Erdölunternehmen, die Landwirte u.a., die von den gestiegenen Preisen für exportierte Commodities profitiert haben, zurückgeführt wird. Auf alle Fälle wird für März schon mit einem primären Überschuss des Schatzamtes von über \$ 1 Mrd. gerechnet, so dass für das ganze Quartal ein Überschuss von gut \$ 3,3 Mrd. erreicht würde, das Dreifache des mit dem IWF vereinbarten Plansolls.

Der Erlös der MWSt. ergab \$ 2,30 Mrd., um 53,6% mehr als im März 2003 und um 6,9% mehr als im Februar. Die vom Steueramt eingenommene MWSt. lag mit \$ 524,3 Mio. um 19,9% über dem Vorjahr und um 3,2% unter Februar, und die vom Zollamt einbehaltene MwSt. lag mit \$ 964,3 Mio. um 83% über dem Vorjahr und um 24,5% über dem Vormonat. Die Rückerstattungen an Exporteure lagen mit \$ 186,8 Mio. um 37,6% unter dem Vorjahr und um 5% unter dem Vormonat.

Die Gewinnsteuer lag mit \$ 976,4 Mio. um 30,3% über dem Vorjahr und um 3,1% unter Februar. Letzteres ist darauf zurückzuführen, dass im Februar die letzte Anzahlung auf die Steuer von 2004 fällig war.

Die Unternehmerbeiträge zum Pensionierungssystem lagen mit \$ 691,5 Mio. um 40,7% über dem Vorjahr und um 9,1% unter dem Vormonat. Die persönlichen Beiträge zum staatlichen System lagen mit \$ 482,6 Mio. um 53,3% über dem Vorjahr und um 1,1% über dem Vormonat. Die interanuelle Zunahme ist hier auf die Erhöhung der Beiträge von 5% auf 7% zurückzuführen. Bei den Einnahmen der privaten Rentenkassen (AFJP), die nicht zu den Fiskaleinnahmen gerechnet werden, lagen die Einnahmen mit \$ 299,1 Mio. um 87,9% über dem Vorjahr und um 3% über dem Vormonat. Dass die prozentuelle Zunahme hier viel höher als beim staatlichen System war, weist darauf hin, dass der Übergang zum privaten System weitergeht. Die neuen Rentner stammen aus dem staatlichen System und diejenigen, die neu in den Arbeitsprozess eintreten, schliessen sich mehrheitlich dem privaten System an, das ihnen eine viel höhere Pension verspricht.

Der Erlös der Exportsteuern lag mit \$ 700,7 Mio. um 5,2% unter dem Vorjahr und um 12% über dem Vormonat. Der interanuelle Rückgang erscheint bei der starken Preissteigerung anormal und deutet auf Zurückhaltung von Ernten hin.

Die Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen ergab 607,3 Mio. und lag um 44,3% über dem Vorjahr und um 18% über dem Vormonat. Hier wirkte sich die Auszahlung der monetären Bonds der Provinzen durch einen Barvorschuss der ZB aus, der zu höheren Bankdepositen führte. Diese Steuer soll angeblich ab Juni verringert und schliesslich ganz abgeschafft werden. Diese Steuer plus die Exportsteuern, die beide als verzerrend eingestuft werden, machen fast 20% der Gesamteinnahmen aus.

Bei der Aufteilung des Gesamterlöses ergibt sich im März für den Nationalstaat eine interanuelle Zunahme von 35%, für die Provinzen von 51,9%, für die Soziale Sicherheit von 29,4% und für nicht budgetäre Ausgaben von 23,2%. Der Anteil des Nationalstaates betrug im März 59%, der der Provinzen 23%, der der sozialen Sicherheit 13% und der der nicht budgetären Ausgaben 5%. Der Anteil der Provinzen liegt wegen der Bedeutung der Aussenhandelssteuern, an denen sie nicht beteiligt sind, und der Steuer auf Bankkontenbewegungen, an denen sie eine geringere Beteiligung haben, weit unter dem historischen Durchschnitt, den sie bis 2001 hatten. Daher die Gefahr, dass bei einem neuen Gesetz über die Aufteilung der Nationalsteuern die Provinzen ihren Anteil auf Kosten des Nationalstaates erhöhen, so dass die Provinzen sich dann nicht anstrengen müssen, ihre aufgeblähten Ausgaben zu verringern, während der Nationalstaat in Schwierigkeiten gerät.

**Weinkellerei eingeweiht („Bodegas de Añelo“), die eine Investition von US\$ 3 Mio. darstellt und mit einer Jahresproduktion von 300.000 Litern Wein beginnen wird.** 1999 wurden die Reben auf 73 ha gepflanzt.

**Durch Beschluss Nr. 843/04 (Amtsblatt vom 30.3.04) hat die Nationale Fernverbindungskommission (CNC) die Vollstreckung der Garantien für den Post-Konzessions-**

**vertrag der Macrigruppe, verfügt.** Das schliesst die Police der Kredit- und Garantienversicherung für \$ 42,73 Mio. und die Bankgarantie des Minderheitsaktionärs Banco de Galicia von \$ 7,26 Mio. ein.

\*\*\*

**Cetelem, das belgische Finanzinstitut das die Paribas Bank kontrolliert, bietet Kredite für Baumaterial an.** Seit 6 Jahren ist Cetelem in Argentinien Finanzpartner der Carrefour Supermarktkette. Für das Baukreditgeschäft hat es eine Partnerschaft mit den 14 Baumateriallieferanten gebildet, deren Absatz die Grundlage für den Construya-Index ist, wie Loma Negra, Aluar, Aceros Bragado usw. Für die Finanzierung, besonders für Familienwohnungen, soll die Construya-Kreditkarte eingeführt werden, die bis zu 24 Monatsraten gestatten wird.

\*\*\*

**Das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) kündigte für April weitere Grossaktionen zur Ermittlung von Herstellern gefälschter Rechnungen an.** Ausserdem sollen in Zukunft alle Steuern mit Kreditkarten bezahlt werden können. Bisher ist das nur Selbstständigen und Einheitssteuerpflichtigen gestattet, die bei einem Zahlungsverlichterungsplan für Steuerschulden eingetragen sind.

\*\*\*

**Die Regierung erachtet, dass die Billigung ihrer Umschuldungsvorschläge durch 60% bis 65% ihrer Gläubiger genügt, um sie als angenommen zu betrachten.** Vertreter von Bondsinhabern und internationale Körperschaften machen darauf aufmerksam, dass die Annahme nicht unter 80% liegen dürfe, um das Default aufzuheben.

\*\*\*

**Die argentinischen Ausfuhren betragen im Februar US\$ 2,39 Mrd., die Einfuhren US\$ 1,35 Mrd.** Damit steigen die Ausfuhren, nach der Zunahme von nur 5% im Januar, weiter, die Einfuhrzunahme, nach 100% Zunahme in Januar, verlangsamt sich. In den ersten 2 Monaten 04 wurde für US\$ 4,66 Mrd. ausgeführt, um 8% mehr als im Vorjahr, die Einfuhren betragen US\$ 2,95 Mrd., um 87% mehr als vor einem Jahr. Die 12%ige Zunahme der Ausfuhren im Februar ist auf die 18%ige Zunahme der Rohstoffausfuhren zurückzuführen. Von den Gesamtausfuhren gingen 20% in die EU, weitere 20% in den Mercosur, schwerpunktmässig Brasilien, 13% in die Nafta-Staaten USA, Mexiko und Kanada und 12% nach Asien, vorwiegend China.

\*\*\*

**Die Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft nahmen im Februar um 0,6%, etwa 12.000 Stellen, zu.** In den letzten 12 Monaten nahmen sie in den 4 vom Arbeitsministerium ermittelten Gebieten um 6,5%, rd. 130.000 Stellen, zu. In Gross Córdoba betrug die Zunahme 0,9%, Gross Mendoza 0,7%, Gross Buenos Aires 0,6% und Gross Rosario 0,3%. In den letzten 12 Monaten führt Gross Rosario mit plus 9,9% durch die Zunahme in der Land-

wirtschaftsindustrie. Die stärkste Entwicklung wurden in der metallverarbeitenden, Textil-, Leder- und Möbelindustrie festgestellt. Bei den Dienstleistungen führen Hotel-, Gaststätten- und Immobilienbetriebe. Das verarbeitende und das Baugewerbe führen bei der Beschäftigungszunahme. 55% des neuen Personals seien Arbeiter und 72% der Stellen seien unbefristet. Die Entlassungszahlen gingen in allen Gebieten zurück, bis auf Gross Buenos Aires, wo sie gleich blieben. In den nächsten 3 Monaten rechnet das Arbeitsministerium mit weiteren Beschäftigungszunahmen.

\*\*\*

**Das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) hat mit der Verschickung von 2.000 Aufforderungen an Inhaber von Hotels und Luxuswohnungen begonnen, den Ursprung der investierten Mittel anzugeben.** Es gebe Besitze, die auf Namen steuerlich nicht oder als Einheitssteuerzahler Eingertragene lauten. Dem Steueramt gehe es vorwiegend um Bauten, die ab Januar 02 in bedeutenden Fremdenverkehrsressorts errichtet wurden. Alleine an der Atlantikküste rechne es mit solchen Liegenschaften für \$ 340 Mio.

\*\*\*

**Die Regierung hat die doppelte Entlassungsschädigung bis zum 30.6.04 verlängert.** Gleichzeitig prüfe sie die Möglichkeit einer langsamen Aufgabe der Massnahme, was von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit abhängt. Ab Juli soll die Massnahme schrittweise abgeschwächt werden. Entweder würde die zusätzliche Entschädigung von 100% erst auf 70% und dann auf 40% verringert werden, oder sie würde zuerst für Dienstzeiten von bis 5 Jahren, dann für Dienstzeiten bis 10 Jahren und schliesslich endgültig abgeschafft werden.

\*\*\*

**Präsident Kirchner hat die Gehaltsobergrenze von \$ 3.000 im Monat für politische Beamten der öffentlichen Verwaltung um weitere 2 Monate verlängert.** Sie war in dieser Woche, nach einer dreimonatigen Verlängerung, abgelautet.

\*\*\*

**Die Zigarettenfabrik Nobleza Piccardo, Filiale der British American Tobacco, hat ihre Endverbraucherpreise um 10% herabgesetzt.** Damit folgt sie ihrer Konkurrentin Massalin Particulares und erhöht die Preise nicht um 25%, wie angekündigt, sondern nur um 10%.

\*\*\*

**Durch Beschluss 109/94 des Landwirtschaftssekretariats (Amtsblatt vom 31.03.04) wurden die Subventionen für die Forstwirtschaft für 04 festgelegt, wie es das Gesetz 25.080 vorschreibt.** Die Subventionen für neue Baumpflanzungen sind differenziert, je nach Baumart, Provinz, Grösse der Fläche und auch ob es sich um Aufforstungen ohne oder mit Bewässerung handelt. Bis zu 300 ha besteht eine grössere und von 300 bis 500 ha, eine geringere Subvention, und darüber hinaus gar keine, wobei

grössere Forstbetriebe andere steuerliche Vorteile geniessen. Bei kleineren Flächen deckt die Subvention 80% der theoretischen Kosten, bei den Flächen über 300 ha nur 20%. Von 1956 bis 1978 wurde die Forstwirtschaft steuerlich gefördert, indem die entsprechende Investition von der Gewinnsteuer abgezogen werden konnte. Ab 1978 wurde dieses System, das gesamthaft versagt hatte (weil der Verlust an Steuereinnahmen in keinem vernünftigen Verhältnis zur aufgeföresteten Fläche stand), durch eine direkte Subvention pro Hektar ersetzt, wobei das System 1998 verbessert wurde, und auch die steuerliche Stabilität auf 30 Jahre eingeföhrt wurde, so dass die jährlich aufgeförestete Fläche explosiv zunahm.

\*\*\*

**Durch Verfügung (Disposición) 27/04 des Energiesekretariates (Amtsblatt vom 31.03.04) wurde ein Programm zur Rationalisierung der Gasexporte und der Verwendung der Transportkapazität der Fernleitungen geschaffen.** Im Wesen handelt es sich um eine Priorität für den internen Konsum, wobei davon ausgegangen wird, dass die Unternehmen 04 nicht mehr Gas als 03 exportieren können. Die Unternehmen, die ihre Lieferungen an den Binnenmarkt verringert haben, werden bestraft, indem sie für das exportierte Gas den Durchschnittspreis erhalten, den sie für interne Lieferungen beziehen.

\*\*\*

**Das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) hat im Amtsblatt vom 30.03.04 eine lange Liste von Fischexporten, die vom Zollamt von Comodoro Rivadavia kontrolliert werden, wegen zu niedriger Preise beanstandet, wobei in jedem Fall der vom Exporteur angegebene Preis mit dem Preis verglichen wird, den das Zollamt auf Grund vorheriger Exporte der gleichen Waren errechnet hat.** Die angegebenen Preise liegen bis zu 74,46% unter den Referenzpreisen, wobei die Differenz jedoch im Allgemeinen unter 50% liegt. Die Exporteure haben 15 Tage Zeit, um die Referenzpreise zu beanstanden. Als die Exporte eine Rückvergütung hatten, bestand ein Ansporn, höhere Preise anzugeben; jetzt, da Exportsteuern bestehen, ist es umgekehrt.

\*\*\*

**Im 1. Quartal 04 lag der Gaskonsum bei durchschnittlich 34,1 Mio. cbm täglich, gegen 22,4 Mio. in der gleichen Vorjahresperiode.** Es wird damit gerechnet, dass im Winter 17 Mio. cbm täglich über dem lokalen Angebot notwendig sein werden, um die Nachfrage zu befriedigen.

\*\*\*

**04 ist ein besonders trockenes Jahr, so dass die Wassermenge des Paraná-Flusses um 34% unter dem Vorjahr liegt, die des Uruguay-Flusses um 48% und die der Flüsse, die den Rio Negro speisen, um 24%.** Das hat zu einer drastischen Verringerung des mit Wasserkraftwerken erzeugten Stromes geführt, so dass die Gasnachfrage der Wasserkraftwerke im 1.

Quartal 04 um 55% über der gleichen Vorjahresperiode lag.

\*\*\*

**Das Integrationsabkommen zwischen Argentinien und Chile sieht vor, dass Gaslieferungen nach Chile nur im gleichen Verhältnis wie die an die argentinischen Verbraucher verringert werden dürfen.** Das hat Gesetzeskraft und muss somit erfüllt werden.

\*\*\*

**Planungsminister Julio De Vido hat den Fernverbindungssekretär Guillermo Moreno (und nicht den Energiesekretär Daniel Cameron, mit dem er angeblich keine guten Beziehungen hat) beauftragt, die Schaffung eines nationalen Gasunternehmens zu studieren.** Moreno hat schon einen Treuhandfonds erfunden, dem die Finanzierung von Investitionen auf dem Gebiet der Telefonie übertragen wurde, so dass die Unternehmen sich nur mit der Betreuung befassen sollen.

\*\*\*

**Die Zusammenkunft von Wirtschaftsminister Lavagna und Mitarbeitern mit den Vertretern des „Global Committee of Argentine Bondholders“, das die US-Inhaber defaultierter argentinischer Staatspapiere vertritt, wurde definitiv für den 16. April festgesetzt.**

\*\*\*

**In einem Artikel in der Zeitung „El Cronista“ setzt sich Wirtschaftsminister Lavagna für eine expansivere Kreditpolitik der interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) ein.** Er weist zunächst darauf hin, dass Argentinien 02 und 03 den internationalen Finanzanstanstalten US\$ 7 Mrd. netto an Kapital und Zinsen gezahlt habe. Das bedeute eine geringere Zahlungsfähigkeit gegenüber den privaten Gläubigern. Die BID habe eine jährliche Kreditfähigkeit um die US\$ 8 Mrd., die 2002/03 nur zum Teil genutzt worden sei.

\*\*\*

**Argentinien's Einfuhren aus Brasilien erreichten im März mit US\$ 605 Mio. den grössten Betrag seit September 1998, wie das CEB (Centro de Estudios Bonaerenses) bekannt gab.** Sie stiegen im Vormonatsvergleich um 34% und im Vorjahresvergleich um 104%. Die Aussenhandelsbilanz mit Brasilien war wieder, im März um US\$ 110 Mio. und im 1. Quartal mit US\$ 228 Mio., negativ. Das 1. Quartal 03 hatte Argentinien mit Brasilien noch einen Überschuss von US\$ 357 Mio. eingebracht. Die Ausfuhren nach Brasilien erreichten im März US\$ 487 Mio., um 26% mehr als im gleichen Vorjahresmonat.

\*\*\*

**Die Gehaltsobergrenze für die Unternehmensbeiträge für die Sozialversicherung wurde von \$ 4.800 auf \$ 6.000 im Monat erhöht.** Sie soll schrittweise ganz abgeschafft werden. Vorerst wird diese Obergrenze nur für die Sozialversicherung erhöht, doch sollen auch die Beitragsbegrenzungen für die Rentnerbetreuung PAMI, die

Krankenkassen und die Arbeitsbeschaffung langsam abgeschafft werden. Mit der jetzigen Massnahme sollen um jährlich \$ 280 Mio. mehr Abgaben eingenommen werden. Landesweit sollen in Ämtern und der Privatwirtschaft, bei 7.200 Arbeitgebern 55.000 Gehaltsempfänger über \$ 4.800 im Monat verdienen. 2-3% aller Gehaltsempfänger erhalten über \$ 6.000 im Monat.

\*\*\*

**Die britische InterContinental Hotels Group plant 2 neue Franchising-Hotels.** Holiday Inn Express in Santa Fé wird 100 Zimmer haben und den Betrieb zu Jahresmitte aufnehmen. In 2 Jahren werde ein 140 Zimmer Hotel in Ushuaia eingeweiht. Damit wird die Gruppe in Argentinien 7 Hotels besitzen.

\*\*\*

**Trotz des Depositenrückganges im März, im 2. Monat in Folge, stiegen die Bankkredite an die Privatwirtschaft um 2% auf \$ 624 Mio.** Das sei die grösste Zunahme seit der Finanzkrise Ende 01. 88% der Zunahme entstand durch Vorschüsse auf Girokonten, die den Spitzenbetrag von \$ 552 Mio. und den Durchschnittsbetrag von \$ 451 Mio. erreichten.

\*\*\*

**Der Plan zur Bereinigung von Arbeitsverhältnissen des Arbeitsministeriums ergab von 1.9.03 bis zum 31.3.04 die sofortige Eintragung von 2.305 der aufgedeckten 9.773 Schwarzarbeiter.** Die anderen 7.468 wurden dem Steueramt zur Weiterbearbeitung übertragen.

\*\*\*

**Die französische Danone und die argentinische Arcor haben ein Regionalabkommen für ihre Keksengeschäfte geschlossen.** Arcor hält 51% und die Betreuung der neuen Firma unter dem Traditionsnamen von Bagley, die Danone 1994 für US\$ 240 Mio. erworben hatte, für Argentinien, Chile und Brasilien. Mit US\$ 300 Mio. Jahresumsatz wurde damit der grösste

Kekshersteller Südamerikas geschaffen. In Argentinien ist Bagley der 2. und Arcor der 3. grösste Kekshersteller, weshalb der Kokurrenzschutz noch zustimmen muss, in Brasilien kontrolliert die neue Allianz Aymoré von Danone und in Chile Dos en Uno von Arcor.

\*\*\*

**Der Industrieverband UIA fordert die Erhöhung der Pressgas- und teilweise der Haushaltspreise für die Erdgaslieferungen.** Für Haushalte wird ein Rationierungssystem gefordert, wie es vor 3 Jahren in Brasilien bestand. Bis 80% des Haushaltsverbrauches der letzten 2 Monate des Vorjahres bleibt der Preis unverändert, für den Rest muss der neue Preis bezahlt werden.

\*\*\*

**Nach dem Rücktritt von J. Holcomb, der in seiner Firma, DaimlerChrysler, neue Aufgaben in Deutschland übernommen hat, hat C. Ratazzi, von Fiat, den Vorsitz des Kfz-Herstellerverbandes Adefa übernommen.**

\*\*\*

**Die Regierung steht vor einer Vereinbarung mit den Erdgasunternehmen.** Sie verpflichten sich, den Binnenmarkt im kommenden Winter mit über 70 Mio. cbm Erdgas zu versorgen und erhalten im Gegenzug die 12 bis 25%ige Preiserhöhung für das Gas an den Förderstellen, die im Vormonat angekündigt, aber noch nicht durchgeführt wurde.

\*\*\*

**Ensi, der provinzeigene Deuteriumhersteller in Neuquén, wird 25 t schweres Wasser für US\$ 5 Mio. herstellen.** 15 t sind für die argentinischen Kernkraftwerke Atucha I und Embalse bestimmt und 10 t für den von Inpav nach Australien verkauften Versuchsreaktor, der vor der Fertigstellung steht. Das schwere Wasser ist das Kühlmittel für die Reaktoren.

\*\*\*

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Die Energiekrise wird kurzfristig mit Importen überwunden

In den 90er Jahren war Argentinien zunehmend zu einem Energieexporteur geworden, mit Gaslieferungen nach Chile, und in geringeren Mengen nach Brasilien und Uruguay, und mit Lieferungen von elektrischem Strom nach Brasilien, Uruguay und auch nach Nordchile. Das war eine direkte Folge des von der Menem-Regierung eingeföhrtten Energiesystems, das dank hoher Investitionen und Einführung modernster Technologie (die seit langem bekannt war, aber von den Staatsunternehmen ignoriert wurde) zu einer starken Expansion der Produktion führte, die über den ebenfalls

steil zunehmenden internen Konsum hinausging.

Es ist logisch, dass dem so geschah. Denn Argentinien ist reichlich mit energetischen Ressourcen ausgestattet, die dem Land erlauben sollten, über billige Energie zu verfügen, die direkt oder indirekt, über sehr energiehaltige Produkte, wie Aluminium, Stahl, Zellulose und Papier, exportiert wird. Was Wasserkraft betrifft, so besteht die unmittelbare Möglichkeit, die Leistung von Yacyretá durch Erhöhung des Pegels des Staudammes um 80% zu erhöhen. Dann besteht noch das Projekt eines grossen Wasserkraftwerkes in

Corpus, am oberen Paraná, sowie mittlerer Kraftwerke am Uruguay, an der Grenze mit Brasilien (Garabí, Roncador und San Pedro) und anderer Werke an der Kordillere, ganz besonders am Santa Cruz-Fluss, in der gleichnamigen Provinz. Gouverneur Sergio Acevedo wies letzte Woche darauf hin, dass er beabsichtige, die Mittel, die die Provinz im Ausland deponiert hat (US\$ 500 Mio.?) für ein Projekt dieser Art einzusetzen, wobei die Firma Aluar gleichzeitig bekannt gab, dass sie in diesem Fall ein neues Aluminiumwerk in jener Provinz errichten wolle.

Argentinien verfügt auch über andere Energiequellen. Patagonien eignet sich sehr gut für Windkraftwerke, und auf der Landenge, die die Halbinsel Valdés mit dem Festland verbindet, lässt sich ein Meereskraftwerk errichten, da die Zyklen von Flut und Ebbe in den beiden Buchten entgegengesetzt sind. Vorläufig sind diese Möglichkeiten jedoch nicht aktuell.

Die wichtigste Energiequelle besteht gegenwärtig im Erdgas, dessen Förderung seit etwa zwei Jahren (gemessen in äquivalenten Energieeinheiten), die von Erdöl übertrifft, wobei die Gasförderung in den letzten Jahren weiter gestiegen ist, während die von Erdöl abnimmt. Indessen ist es notwendig, weiter nach Gasreserven zu forschen, was seit langer Zeit kaum und seit Anfang 2002 überhaupt nicht mehr geschieht. Anfang der 90er Jahre lagen die festgestellten Reserven bei 35 Konsumjahren; jetzt sind es unter 10. Die Geologen meinen, dass es bestimmt noch grosse Gaslager gibt, wobei es jedoch sehr kostspielig ist, sie ausfindig zu machen und zu erforschen. Indessen ist das Ergebnis ungewiss. Wenn ein Verhältnis von Reserven zu Förderung von etwa 20 Jahren erreicht wird, kann man die Gaspolitik der 90er Jahre beibehalten und den Gasexport weiter fördern. Wenn nicht, muss dieser eingeschränkt werden.

Indessen arbeitet niemand in der Regierung auf dem Gebiet der langfristigen Energieplanung. Bei den niedrigen Gehältern, die der Staat zahlt, ist es kaum möglich, dass Energiefachleute von hohem Niveau lange Zeit als Staatsangestellte verbleiben. Die Regierung sollte die privaten Energieinstitute und -experten verpflichten, eine mittel- und langfristige Energiepolitik zu entwerfen. Sie muss sich helfen lassen! Die Energiepolitik erfordert auch, dass eine Rahmen-

ordnung geschaffen wird, die die der 90er Jahre ersetzt, die 2002 zerstört wurde, ohne dass in 27 Monaten eine neue aufgestellt wurde.

Die Regierung handelt kurzfristig, mit einer rein politischen Botschaft, wie wenn es in den nächsten Wochen Wahlen geben würde. Kabinettschef Alberto Fernández sagte, die Energiekrise sei jetzt überwunden, und Präsident Kirchner wiederholte seine These, dass die Energieunternehmen Schuld an der Krise seien, weil sie seit Jahren nicht investiert hätten. Damit wird das Problem jedoch nicht gelöst, wobei der feindliche Ton gegenüber den Unternehmen nur dazu beiträgt, diese zu hemmen, an einer effektiven Lösung zu arbeiten. Während Alberto Fernández beteuerte, dass es keine Tarifierhöhungen geben werde, und dass die Unternehmen zuerst investieren müssen, bevor sie angemessene Tarife erhalten, wies Wirtschaftsminister Lavagna darauf hin, dass diese notwendig seien, wobei er betonte, dass die Unternehmen nicht investiert hätten, weil dies bei den bestehenden niedrigen Tarifen keinen Sinn habe, womit er der These von Kirchner und Fernández widersprach. Es ist notwendig, dass die Regierung das Problem nicht bagatellisiert und politisiert, sondern darauf aufmerksam macht, dass ein Notstand besteht, der sich diesen Winter voraussichtlich verschärfen wird, und dann 2005 noch mehr, und wenn jetzt nicht die richtigen Entscheidungen getroffen werden, 2006 und danach noch mehr.

Das Gasproblem wird jetzt durch Importe aus Bolivien gelöst, wobei zu diesem Zweck eine Gasleitung instand gesetzt wird, die vor fünf Jahren stillgelegt worden war, als die Importe aus dem nördlichen Nachbarland durch die eigene Förderung ersetzt wurden. Dadurch soll das Gleichgewicht wieder hergestellt werden, wobei jedoch nicht sicher ist, ob im Winter, wenn der Gaskonsum infolge der Kälte stark zunimmt, die Knappheit wieder eintritt. Lavagna hat vorsichtshalber darauf hingewiesen, dass es ratsam sei, den Verbrauch von Pressgas für Kfz (GNC) zu drosseln. In diesem Sinn wird die Möglichkeit erwogen, diesen Konsum im Winter nur für Taxis zuzulassen. Auf alle Fälle wurde schon eine Preiserhöhung von angeblich 11% bis 13% beschlossen, um den rasanten Übergang der Kfz von Benzin auf Pressgas zu bremsen. Abgesehen

davon gehen im Winter die Wärmekraftwerke normalerweise von Gas auf Heizöl und Dieseltreibstoff über. Letzterer Brennstoff ist wesentlich teurer, ist jedoch die einzige Alternative für Turbinen, die spezifisch für Gas gebaut worden sind.

Was das Stromproblem betrifft, wurde letzte Woche beschlossen, die Spannung von 220 Volt um 5% auf 209 Volt zu senken, womit Strom gespart werden konnte. Das wurde sofort wieder aufgehoben, als die brasilianische Regierung mitteilte, dass sie mit Stromlieferungen von 500 MWSt. einspringen werde, was etwa 4% des Gesamtkonsums ausmacht, womit angeblich kein Mangel bestehen sollte. Die Leitung, die das argentinische mit dem brasilianischen System verbindet, wurde errichtet, um bis zu 2.000 MWSt. Elektrizität zu exportieren. Brasilien ist jetzt in der Lage, auf diese Importe zu verzichten und darüber hinaus noch zu exportieren, weil es in der Gegend der grossen Staudämme sehr viel geregnet hat und somit Wasserkraft im Überschuss vorhanden ist. Indessen hat Brasilien ein strukturelles Defizit, so dass diese Stromlieferung keinen permanenten Charakter hat.

Abgesehen davon, wurde der Import von Heizöl und Dieseltreibstoff aus Venezuela verpflichtet. Das dies zum internationalen Preis geschieht, der weit über dem lokalen liegt, wurde vertuscht, indem von einem Tauschgeschäft gegen Rindfleisch u.a. Produkte die Rede war. Das wäre auf alle Fälle ein Rückschritt, der überhaupt keinen Sinn hat. Der Übergang von Gas auf Heizöl oder Dieseltreibstoff, besonders, wenn diese importiert werden, und auch

die Verwendung von importiertem Gas und Strom, bedeuten starke Kostenerhöhungen, die auf die Tarife abgewälzt werden müssen. 2002 und 2003 wurden Kostenerhöhungen dieser Art von CAMMESA getragen, dem Staatsunternehmen, das den Grossistenmarkt betreibt. Aber dieses Unternehmen hat inzwischen schon ein hohes Defizit angesammelt, das kontinuierlich steigt, wobei das Schatzamt bisher nur einen Teil mittels eines Kredites gedeckt hat, nachdem CAMMESA seine Reserven schon vor geraumer Zeit voll aufgebraucht hat.

Die Regierung kommt um eine neue Tarifierhöhung bei Gas und Strom (zusätzlich zur der unlängst beschlossenen) nicht umhin. Die Kostenerhöhung wird jetzt durch die Importe angespornt, die der argentinischen Wirtschaft internationale Preise aufzwingen, auch wenn Brasilien angeblich für den Strom einen etwas niedrigeren Preis berechnen wird. Auf alle Fälle muss der Strom sofort bezahlt werden, was von argentinischer Seite nicht so verstanden worden war.

Höhere Tarife bremsen die Nachfrage und tragen dazu bei, dass Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wieder herzustellen. Indessen sind auch flankierende Massnahmen notwendig, um die Nachfrage einzuschränken. Der Spitzenverband der Industrie, die „Unión Industrial Argentina“, hat gefordert, dass die Tarifierhöhung auch für Haushalte gelten muss. Sonst müssten die Tarife für Unternehmen noch stärker erhöht werden. Auf alle Fälle ist mit differenzierten Tarifierhöhungen zu rechnen, sowohl bei Gas wie bei Strom.

## Private Infrastrukturinvestitionen mit staatlichem Finanzierungsbeitrag

Ende der Vorwoche gab Wirtschaftsminister Roberto Lavagna bekannt, dass an einer Initiative gearbeitet werde, die darin besteht, dass die Infrastrukturinvestitionen mit gemischter privater und öffentlicher Finanzierung durchgeführt werden. Das System bestehe schon in anderen Ländern und sei als „Private Partnership Program“ bekannt. Obwohl die Initialen PPP die gleichen sind, mit denen das Programm der Beteiligung der Belegschaft am Kapital privatisierter Unternehmen in den 90er Jahren in Argentinien bezeichnet wurde („Programa de Propiedad Participada“) hat diese neue Initiative nichts damit zu tun. Laut Lavagna soll das neue Programm in etwa zwei Wochen formell bekanntgegeben werden.

Angeblich sollen auf diese Weise vornehmlich Kredite der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank in die Unternehmen eingebracht werden, die öffentliche Dienste betreiben, an erster Stelle Strom und Gas. Diesen internationalen Finanzinstitutionen ist nicht gestattet, Kredite an die Privatwirtschaft zu erteilen, es sei denn über ihre Tochterinstitute (IFC), die jedoch eine geringe Kreditfähigkeit haben. Mit dem neuen Programm soll das formelle Problem gelöst werden, da der

Staat Kreditnehmer wäre und den Kredit dann an die Privatunternehmen weiterleiten würde.

Die Infrastrukturinvestitionen sind beim Wachstum der Wirtschaft kritisch. Bis 1976 investierte der öffentliche Sektor (Nationalstaat, einschliesslich Staatsunternehmen, Provinzen und Gemeinden) zwischen 5% und 8% des Bruttoinlandproduktes in Investitionen, die sich vornehmlich auf Infrastruktur bezogen, einschliesslich der sozialen Investitionen (Schulen, Hospitäler u.a.). Zwischen 1976 und 1981, als José A. Martínez de Hoz Wirtschaftsminister war, stieg dieser Koeffizient auf über 11%, wobei diese Staatsinvestitionen zum Teil mit Auslandskrediten finanziert wurden, die damals dank der sogenannten „Petrodollar“ (Depositen der wichtigsten Erdölproduzenten bei europäischen und US-Banken) üppig vorhanden waren. Dies platzte mit der weltweiten finanziellen Krise, die Mitte 1980 begann, als die Federal Reserve einen sehr restriktiven Kurs einsetzte, so dass die Passivzinsen in den USA bis auf etwa 20% kletterten.

Dann setzte eine zehnjährige Periode geringer Staatsinvestitionen ein. Menem löste das Problem, das inzwischen kritisch geworden war, mit der Privatisierung der öffentlichen Dienste und anderer Objekte, wie Überlandstrassen, Häfen und Flughäfen, mittels Konzessionen. Somit wurde die Last der Investitionen für Infrastruktur weitgehend vom Staat auf die Privatwirtschaft übertragen. Dank Konvertibilität, Stabilität und einer allgemein unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik funktionierte dies sehr gut, mit privaten Investitionen bei öffentlichen Diensten von über US\$ 40 Mrd., mit denen, und auch wegen des modernen Managements und der Einführung moderner Technologie, diese stark expandierten und eine spürbare qualitative Verbesserung eintrat.

Dieses Finanzierungsschema ist 2002 wegen der Abwertung, bei gleichzeitiger Pesifizierung und Einfrierung der Tarife eins zu eins zusammengebrochen, und lässt sich voraussichtlich auf Jahre hinaus nicht wieder herstellen. Viele Unternehmen gerieten in Default mit ihren ausländischen Gläubigern, die ihnen das Geld für Expansion und Modernisierung geliehen hatten, wobei sie in mehreren Fällen Kapitalschnitte, Zinsverringerungen und Streckungen der Zahlungsfristen hinnehmen mussten.

Auf der anderen Seite hat der Staat kaum Möglichkeiten, Mittel für die Finanzierung der notwendigen Expansion der Infrastruktur bereit-

zustellen. Was in den 90er Jahren infolge der Privatisierung an Zuschüssen zur Deckung von Defiziten und für Finanzierung von Investitionen gespart wurde, wurde voll und weit darüber hinaus für soziale Zwecke ausgegeben, an erster Stelle für Pensionen und Renten, die eine immanent steigende Tendenz haben, die erst in einigen Jahren rückläufig sein wird, wenn die privaten Rentenkassen (AFJP) nach und nach die Zahlung der Pensionen und Renten übernehmen. Die Sozialausgaben wurden auch sonst stark erhöht, wobei sie 2002 einen neuen Sprung als Folge der Subvention für arbeitslose Familienoberhäupter verzeichneten. Bei dieser Struktur der Staatsausgaben ist kaum Platz für Investitionen.

Die Lösung, die Lavagna jetzt anpeilt, ist vernünftig gedacht. Ob der Staat Kapital oder Kredite beiträgt, und/oder einfach Mittel als reine Subvention beisteuert, ist noch nicht bekannt. Aber auf alle Fälle ginge die Gleichung für die Privatunternehmer dann auch bei niedrigeren Tarifen eventuell auf, wenn sie nur einen Teil der Investitionssumme beitragen. Denn die Rückkehr zu den Dollartarifen, wie sie bis Ende 2001 bestanden, wird selbst von den Unternehmen nicht als eine realistische Möglichkeit erwogen.

Es hat fast zweieinhalb Jahre gedauert, bis die Regierung, erst die von Duhalde und dann die von Kirchner, aber in beiden Fällen ab März 2002 mit Lavagna als Wirtschaftsminister, gemerkt hat, dass ein zunehmendes Problem mit den Infrastrukturinvestitionen besteht. Es musste zur Krise bei Gas und Strom kommen, damit die Regierung sich des Problems bewusst geworden ist und über Lösungsmöglichkeiten nachdenkt.

Präsident Kirchner behandelt das Problem indessen immer noch politisch, indem er die Unternehmer beschuldigt, seit 1996 keine Investitionen durchgeführt zu haben (was nur zum Teil stimmt) und die ausgefallene These vertritt, dass sie zuerst investieren müssen, bevor sie höhere Tarife erhalten. Wie wenn die Verschuldung der Unternehmen verschwunden wäre und diese einer Regierung glauben würden, dass sie ihre Versprechen einhält, nachdem Verträge gebrochen wurden, die vom Kongress genehmigt worden waren. Wenn der Präsident und jetzt auch die vom Parlament abhängige Kontrollstelle „Auditoría General de la Nación“ die Unternehmen beschuldigen, ihren Investitionsverpflichtungen nicht nachgekommen zu sein, wird nur der Konflikt gesteigert und die Lösung erschwert.

<b>Argentinischer Aussenhandel</b>						
In Mio. Dollar						
	Ausfuhren		Einfuhren		Saldo	
<b>2003</b>						
Februar	2.072	(1.782)	777	(628)	1.295	(1.154)
März	2.222	(2.111)	924	(593)	1.298	(1.518)
April	2.469	(2.180)	1.108	(612)	1.361	(1.568)
Mai	2.756	(2.375)	1.082	(862)	1.674	(1.513)
Juni	2.868	(2.238)	1.137	(683)	1.731	(1.555)
Juli	2.799	(2.264)	1.259	(811)	1.540	(1.453)
August	2.322	(2.188)	1.131	(762)	1.191	(1.426)
September	2.370	(2.307)	1.315	(719)	1.055	(1.588)
Oktober	2.421	(2.274)	1.437	(876)	984	(1.398)
November	2.200	(2.180)	1.450	(809)	750	(1.371)
Dezember	2.650	(1.992)	1.600	(785)	1.045	(1.207)
<b>Total 2003</b>	<b>29.600</b>	<b>(25.709)</b>	<b>13.900</b>	<b>(8.990)</b>	<b>15.700</b>	<b>(16.720)</b>
<b>2004</b>						
Januar*	2.279	(2.126)	1.599	(798)	680	(1.328)
Februar*	2.386	(2.072)	1.349	(777)	1.037	(1.295)

Quelle: Indec, Vorjahr (...), \* Provisorische Zahlen